

Rudolf Speth



Politische Beteiligung: Lage und Trends

Ein Projekt der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt am Main 2015

OBS-Arbeitspapier 16

OBS-Arbeitspapier 16

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung
Jupp Legrand
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
D-60329 Frankfurt/Main
Tel.: 069-6693-2810
E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de
Internet: www.otto-brenner-stiftung.de

Autor:

Dr. Rudolf Speth
Waldemarstr. 5
D-10179 Berlin
Tel.: 0179 – 5094779
E-Mail: rudolf.speth@web.de
Internet: www.rudolf-speth.de

Redaktion:

Dr. Burkard Ruppert (OBS) und Benedikt Linden (OBS)

Titelfoto:

(c) fotolia.de

Satz und Gestaltung:

complot-mainz.de

Redaktionsschluss:

6. Juli 2015

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitspapier darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden. In den Arbeitspapieren werden Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Arbeitspapiere erscheinen nur online, nicht als Printprodukt.

Download und weitere Informationen: www.otto-brenner-stiftung.de

Vorwort

Sinkende Wahlbeteiligung, zunehmende Politik(er)verdrossenheit und wachsende Unzufriedenheit mit den Ergebnissen demokratischer Prozesse auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite auch gesteigertes Interesse an Beteiligung, Partizipation und Engagement: Seit Jahren sind das prominente Themen in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Die Frage nach Veränderungen von Partizipationsansprüchen und Mitwirkungsmöglichkeiten betrifft nicht nur das politische System und greift zu kurz, wenn sie bei der Betrachtung von Wahlen und (staatlichen) Institutionen stehen bleibt. Auch (zivilgesellschaftliche) Organisationen wie Gewerkschaften, Parteien, Verbände und NGOs sind unter Druck geraten, ihren Anhängern, Wählern oder Mitgliedern neue Möglichkeiten der aktiven Mitarbeit und des politischen Engagements zu eröffnen.

Mit dem vorliegenden Arbeitspapier der Otto Brenner Stiftung greifen wir diese Diskussionen auf und legen eine Bestandsaufnahme der aktuellen Entwicklungen und Ergebnisse der Forschung zum Thema interne Beteiligung von Organisationsmitgliedern vor. Rudolf Speth, der Autor unserer Kurz-Studie, beschäftigt sich seit längerem wissenschaftlich und auch aus journalistischer Perspektive mit den Themen Beteiligung, Interessenvertretung und Engagement. Als zentrale Entwicklung diagnostiziert er den (teilweise dramatischen) Rückgang der Mitgliederzahlen traditioneller Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften und Verbände. Doch die Erosion der Mitgliederbasis ist nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite gibt es damit zusammenhängende, neue zentrale Herausforderungen, auf die die Organisationen reagieren müssen. Diese lassen sich zu fünf Punkten zusammenfassen:

- Wandel des Demokratieverständnisses. Die repräsentative Demokratie ist unter Druck geraten und ist konfrontiert mit einer wachsenden Kritik, die auch die Einbindung der untersuchten Organisationen nicht außer Acht lässt.
- Neubewertung politischer Repräsentation. Mit dem genannten Wandel des Demokratieverständnisses geht die Forderungen einher, politische Repräsentation anders zu verstehen und als „Repräsentation der Differenz und nicht der Identität“ aufzufassen.
- Ausweitung des Repertoires demokratischer Beteiligungsverfahren. Durch Übernahme erweiterter Beteiligungsverfahren in anderen Bereichen (z.B. in der Kommunalpolitik) geraten auch die Organisationen der Zivilgesellschaft unter Zugzwang, neue Möglichkeiten für konkrete Beteiligung ihrer Mitglieder zu eröffnen oder sich den veränderten Erwartungen anzupassen.

- Wachsende Bedeutung der Medien. Die zunehmende Relevanz der massenmedialen Kommunikation der Organisationen geht einher mit neuen Ebenen und Formen der Kommunikation (wie z.B. den sozialen Netzwerken). Hier zeigen sich die meisten Organisationen jedoch noch sehr zurückhaltend.
- Veränderte Bedeutung von Mitgliedschaften. Neue Organisationsformen, die fast ohne Mitglieder auskommen, haben die generelle Bedeutung von Mitgliedschaften verändert. Sie stehen für neue „Lösungen“ des alten Problems von Organisationen, die Balance zwischen zu viel und zu wenig Partizipation zu finden.

Inwiefern und in welchem Ausmaß die verschiedenen Organisationen von diesen Trends betroffen sind und mit welchen Strategien sie darauf reagieren, ist eine der Fragen, denen der Autor in seiner Untersuchung nachgeht. Auch wenn als ein Ergebnis festzuhalten ist, dass die Antworten der untersuchten Organisationen vielschichtig sind und unterschiedlich ausfallen, so zeigt die Studie dennoch auch, dass es einige Gemeinsamkeiten im Umgang mit den neuen Herausforderungen gibt.

Wir hoffen, dass der vorliegende Versuch einer systematischen Präsentation aktueller Entwicklungstendenzen auch dazu anregt, die Diskussion in den Gewerkschaften über neue Formen der Mitgliedergewinnung und deren Beteiligung zu stärken und zu unterstützen.



Jupp Legrand
Geschäftsführer der Otto Brenner Stiftung.

Frankfurt am Main, im Juni 2015

Inhalt

Zusammenfassung	6
1. Einleitung.....	8
2. Theoretischer Rahmen.....	10
2.1 Soziale Partizipation	11
2.2 Politische Partizipation	12
3. Organisationen und Mitglieder	15
3.1 Wachstum der Zivilgesellschaft	15
3.2 Parteien	17
3.3 Gewerkschaften	21
3.4 Sozialverbände, Verbände im Bereich Tier-, Natur- und Umweltschutz	23
3.5 NGOs, Initiativen, Gruppen	27
4. Kontexte und Trends	29
4.1 Wandel des Demokratieverständnisses.....	29
4.2 Neubewertung politischer Repräsentation	30
4.3 Ausweitung des Repertoires	31
4.4 Wachsende Bedeutung der Medien	32
4.5 Veränderte Bedeutung von Mitgliedschaften	33
5. Strategien	35
5.1 Parteien.....	35
5.2 Gewerkschaften	37
5.3 Sozialverbände, Verbände im Bereich Tier-, Natur- und Umweltschutz	39
5.4 NGOs, Initiativen, Gruppen	40
6. Fazit.....	42
7. Literatur	45

Zusammenfassung

Die vorliegende Studie geht folgender Frage nach: Wie wird in der neueren sozialwissenschaftlichen Literatur das Thema Beteiligung von Mitgliedern in Organisationen reflektiert? Ihre Ergebnisse werden hier thesenartig zusammengefasst:

1. Politische Beteiligung kein Massenphänomen

Politische Beteiligung ist kein Massenphänomen. Sie ist eingebettet in soziale Beteiligung, die sehr viel breiter und umfassender ist. Politische Beteiligung gründet auf dieser Basis. Dies bedeutet konkret: Für politische Beteiligung ist eine lebendige Zivilgesellschaft notwendig.

2. Rückgang der Mitgliederzahlen

Bei den meisten mitgliederbasierten Großorganisationen ist ein Rückgang bei den Mitgliedschaftszahlen festzustellen. Kaum eine Organisation ist in der Lage, den Schwund an Mitgliedern aufzuhalten oder gar umzukehren. Die Erosion der etablierten sozialen Milieus bleibt für die Mitgliederorganisationen daher eine große Herausforderung.

3. Beteiligungsprozesse in den Organisationen bedeutsam

Mitgliedschaft in einer Organisation allein ist im Hinblick auf Beteiligung nicht aussagekräftig genug. Nur ein geringer Teil der Mitglieder beteiligt sich auch an den Willensbildungsprozessen der Organisationen. Allerdings hat diese Gruppe der Mitglieder auch einen erhöhten Bedarf an Beteiligung. Organisationen stehen also vor der Herausforderung, den Grat zwischen dem Zuwenig und dem Zuviel an Beteiligung ihrer Mitglieder zu finden, denn ein Zuviel an Beteiligung bedroht die Handlungsfähigkeit der Organisation.

4. Existenzielle Dimensionen der Mitgliedschaft unterschiedlich

Die Mitgliedschaft in Organisationen ist ganz unterschiedlich motiviert. Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft hat eine andere existenzielle Dimension als die Mitgliedschaft in einer Partei oder einer Umweltorganisation, da bei Gewerkschaftsmitgliedern die Gestaltung der eigenen Arbeitsbedingungen im Mittelpunkt steht. Dies muss bei einer Betrachtung berücksichtigt werden.

5. Verändertes Demokratieverständnis: Mehr Deliberation

Das Demokratieverständnis hat sich im Laufe der Zeit verändert. Während die Kritik an den repräsentativen Formen der Demokratie zunimmt, steigt die Wertschätzung von Deliberation (öffentlicher Beratschlagung). Der Austausch von Argumenten wird wichtiger als die Beeinflussung von Entscheidungen. Das Verständnis für die Zwänge des politischen Prozesses (Kompromiss, Mehrheitsregel) schwindet.

6. Größere Konkurrenz durch neue Beteiligungsmöglichkeiten

Der kleinen Gruppe der politisch Aktiven stehen inzwischen mehr Beteiligungsmöglichkeiten offen. Durch neue Beteiligungsformen sowie durch informelle Gruppen und Protestereignisse ist die Konkurrenz unter den Organisationen um diese aktive Gruppe größer geworden. Sie stellt insbesondere große mitgliederbasierte Organisationen vor neue Herausforderungen.

7. Neue Möglichkeiten durch Social-Media-Kanäle

Mit den Social-Media-Kanälen haben sich neue Möglichkeiten der politischen Kommunikation herausgebildet. Diese werden allerdings von den mitgliederbasierten Organisationen in der Kommunikation mit ihren Mitgliedern bisher nur sehr zurückhaltend genutzt.

8. Strategische Veränderungen in den Organisationen

Die Mitgliederorganisationen haben in den letzten Jahren verschiedene Strategien entwickelt, um die neuen Herausforderungen in der Mitgliederkommunikation und -einbindung zu bearbeiten. Teilweise bauen die Organisationen ihre Strukturen um, damit für die Mitglieder mehr Möglichkeiten der Diskussion und Mitwirkung geschaffen werden.

1. Einleitung

Demokratie lebt von Beteiligung (Partizipation). Dies gilt sowohl für das politische System insgesamt als auch für die Organisationen, die einen breiten Bestand an Mitgliedern haben und ihre Mitglieder organisieren, um politische Entscheidungen zu beeinflussen. Mitglieder sind für viele Organisationen eine wichtige Ressource. In politischer und demokratietheoretischer Hinsicht geht es dabei nicht nur um die reine Anzahl der Mitglieder, sondern auch um deren Aktivitäten, das heißt um die politische Beteiligung. Die vorliegende Studie untersucht diesen Bereich der politischen Beteiligung, der in das breitere Konzept der sozialen Partizipation eingebettet ist. Die Definition, Abgrenzung und Verbindung beider Bereiche wird unten konkretisiert.

Ausgangspunkt der vorliegenden Studie ist die Beobachtung, dass beinahe alle größeren mitgliederbasierten Organisationen in den letzten Jahren Mitgliederverluste erlitten haben. Daraus ergibt sich eine Reihe von Fragen, die von den Auswirkungen der Mitgliederverluste auf die einzelnen Organisationen bis hin zu den möglichen Veränderungen des Beteiligungsverhaltens und den Konsequenzen für die Grundstrukturen des demokratischen politischen Systems reichen.

Die vorliegende Studie wertet eine Auswahl der neueren sozialwissenschaftlichen Literatur zu den Themenbereichen Mitglieder, Organisationen und Beteiligung aus. Es soll ein Überblick über die Ergebnisse dieser Forschung gegeben werden. Das Ziel besteht somit darin, aufzeigen wie in der neueren Forschung das Thema Beteiligung von Mitgliedern in Organisationen in den Blick genommen und bewertet wird. In einem ersten Schritt wird zunächst der theoretische Rahmen beschrieben. Hierzu werden Ergebnisse der Partizipationsforschung herangezogen, um die Konzepte der sozialen und politischen Partizipation zu definieren und die Verbindungen und Unterschiede zwischen beiden theoretischen Konstrukten zu reflektieren (Kapitel 2). Im nächsten Schritt erfolgt eine Auswertung ausgewählter Literatur zur Entwicklung der für die politische Partizipation wichtigsten Organisationen – Parteien, Gewerkschaften und Verbände. Neben diesen „traditionellen“ Organisationen haben sich allerdings auch neue Formen der politischen Beteiligung ergeben, beispielsweise NGOs (Nichtregierungsorganisationen), so dass für Partizipationsinteressierte heutzutage mehr Möglichkeiten bestehen, die Stimme zu erheben. Die Entwicklung dieser neuen Organisationsformen wird ebenfalls dargestellt (Kapitel 3). Im folgenden Schritt werden dann die wesentlichen Kontexte und Trends des sich verändernden Partizipationsverhaltens der Mitglieder skizziert, vor deren Hintergrund sich die zuvor aufgezeigten Entwicklungen der Organisationen abspielen (Kapitel 4). Abschließend

wird beschrieben, mit welchen Strategien die Organisationen auf die Veränderungen im Beteiligungsverhalten ihrer Mitglieder reagieren (Kapitel 5), bevor ein Fazit die Studie abschließt (Kapitel 6).

Insgesamt kommt die Studie zu folgender These: Politische Beteiligung ist kein Massenphänomen. Es engagiert sich nur eine kleine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern politisch. Diese Gruppe ist in den letzten Jahren nicht kleiner geworden. Allerdings haben sich die Beziehungen zwischen Organisationen und ihren Mitgliedern verändert. Die Bindung der Mitglieder an ihre Organisationen ist nicht mehr so dauerhaft wie früher. Zudem eröffnen sich für diejenigen, die ein Bedürfnis nach politischer Beteiligung haben, neue Gelegenheiten des Engagements. Dessen Formen sind vielfältiger geworden, wobei die Organisationen in ihren Angeboten dem Beteiligungsbedürfnis ihrer Mitglieder nur teilweise nachkommen. Sie bewegen sich auf einem schmalen Grat zwischen zu wenig und zu viel Partizipation.

2. Theoretischer Rahmen

Beteiligung (Partizipation) wird häufig als das zentrale „Prinzip der Politik“ (Gerhardt 2007) angesehen. Sie gehörte zwar schon immer zu den Kernthemen von Politik, doch erst in jüngerer Zeit erlebte der Begriff eine Aufwertung. Dies hat mit dem Versuch der fortschreitenden Demokratisierung von Lebensbereichen (z.B. Unternehmen, Schulen) und den Wellen der Demokratisierung in osteuropäischen und südamerikanischen Ländern zu tun, die in den letzten Jahrzehnten zu beobachten waren. Damit gewinnt Partizipation eine wachsende Aufmerksamkeit in der wissenschaftlichen Beobachtung (siehe Steinbrecher 2009).

Die verschiedenen Demokratietheorien (mit einem Überblick: Schmidt 2008) können als unterschiedliche Entwürfe dafür angesehen werden, wie politische Partizipation institutionell ausgestaltet werden kann. Sie lassen sich unterscheiden nach dem jeweiligen Ausmaß an Partizipation im Sinne politischer Beteiligung, das sie vorsehen. Ein wesentlicher Aspekt aller Demokratietheorien ist die politische Gleichheit. Diese ist nach Wolfgang Merkel nicht mehr gesichert, weil sich „sozioökonomische Ungleichheit nahezu ungefiltert in politische Ungleichheit umsetzt“ (2015b: 11; siehe dazu auch: Merkel 2015a).

In der Diskussion um Partizipation kommen weitere Begriffe ins Spiel: Teilhabe, Teilnahme, Mitwirkung, Einbeziehung etc. Die Ausweitung des Vokabulars hängt mit dem Einsickern von Begriffen aus anderen Bereichen (Pädagogik, sozialer Arbeit, Entwicklungspolitik) zusammen. Vielfach werden mit diesen Begriffen sowohl die aktiven als auch die passiven Aspekte der Partizipation beschrieben.

Die sozialwissenschaftliche Forschung macht einen wichtigen Unterschied zwischen politischer und sozialer Partizipation. Soziale Beteiligung bildet in der Regel die Basis der politischen Beteiligung. Daher wird in einer soziologischen Perspektive zunächst auf das umfassendere Phänomen der sozialen Partizipation eingegangen und dann auf den eingeschränkteren Bereich der politischen Partizipation. Vorrang hat hier zunächst das individuelle Verhalten, während die organisationale Perspektive erst in einem weiteren Schritt in den Blick genommen wird. Beiden Richtungen der Partizipationsforschung ist die starke empirische Orientierung gemeinsam. Der Forschung steht eine Fülle von empirischen Materialien (Mitgliederstatistiken von Organisationen, Umfragedaten zu Beteiligungsprozessen, Erhebungen zum Engagement und zu den Engagementbereichen) zur Verfügung, womit sie ihre theoretischen Annahmen überprüfen kann.

2.1 Soziale Partizipation

Mit sozialer Partizipation wird das umfassende Phänomen aller freiwilligen Aktivitäten für andere bezeichnet, unter das die politische Partizipation als besonderer Bereich fällt. Soziale Partizipation ist nach Roßteutscher „ein Sammelbegriff für eine Beteiligungsform, die in der Regel öffentliches, kollektives Handeln ohne direkte politische Motivation beschreibt, aber immer über die private Sphäre hinausreicht“ (2009: 163). Roßteutscher zufolge ist die soziale Partizipation ein „Massenphänomen“. Sie umfasst eine „Unzahl von Beteiligungsmöglichkeiten“ (ibid.). Das Spektrum reicht von informellen Tätigkeiten wie Nachbarschaftshilfe bis hin zu Mitgliedschaften etwa in Sport- und Karnevalsvereinen. In der jüngeren sozialwissenschaftlichen Forschung wird dafür auch der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements oder des Ehrenamtes verwendet.

In der empirischen Forschung zu den zivilgesellschaftlichen Aktivitäten (bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt, Freiwilligentätigkeit etc.) wurden in den letzten zehn Jahren Engagementwerte zwischen 34 und 36 Prozent ermittelt (Rosenblatt 2000; Gensicke et al. 2006; Gensicke/Geiss 2010). Die drei Freiwilligensurveys (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1999, 2004, 2009) und ein Bericht des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung Berlin (WZB) (Alscher et al. 2009) zeigen, dass sich inzwischen eine vielgestaltige Zivilgesellschaft mit einer breiten Engagementkultur entwickelt hat. Dies wird ganz besonders im Umweltbereich deutlich. Die Zahl der Mitglieder in den Umweltorganisationen hat spürbar zugenommen (siehe unten Abbildung 1 und 2). Für viele wissenschaftliche Beobachter wird deutlich, dass die Demokratie inzwischen auf einem breiten bürgerlichen Engagement ruht. Die Civic-Culture-Studie hat in den 1950er Jahren demokratische Einstellungen und Bürgertugenden vergleichend erforscht. Nach Almond und Verba, den Autoren dieser Studie, ist soziale Partizipation die wichtigste Grundlage der Demokratie (1963: 320).

Mit der Neubewertung der sozialen Partizipation und des bürgerschaftlichen Engagements als Basis und Reservoir der politischen Partizipation sind in der wissenschaftlichen Diskussion einige Fragen und Themenkomplexe aufgetaucht, die für eine Gesamtbewertung besonders mit Blick auf die Leistungen für die demokratische Kultur von Bedeutung sind.

Hinsichtlich der politischen Partizipation, die unten detaillierter beschrieben wird, wurde z. B. nach der Vermittlung von sozialen Kompetenzen gefragt. Hinter dieser Frage steckt die Unterscheidung zwischen demokratisch unterschiedlich wirksamen Engagementformen. Ein Engagement im Freizeit- und Sportbereich ist weniger bedeutsam für die demokratische Kultur als ein Engagement im sozialen und politischen Bereich. Die Kompetenzgewinne, die durch eine Tätigkeit in zivilgesellschaftlichen Assoziationen (Vereinen, Gruppen, Initiativen) erzielt werden, erstrecken sich auf alle Bereiche. Von sozialer Partizipation wird idealerweise zugleich auch die Vermittlung demokratischer Werte und Normen erwartet (Buchstein 2002).

Arbeiten zum Begriff des sozialen Kapitals¹ haben in den letzten Jahren versucht, den Zusammenhang von sozialer Partizipation, gesellschaftlicher Integration und Differenzierung sowie den Leistungen von Demokratie zu erhellen. Die Arbeiten von Coleman (1988), Bourdieu (1983) und Putnam (1993) haben die Effekte des sozialen Kapitals sowohl bei den Individuen als auch bei der Gesellschaft verortet. Deutlich wurde, dass mit sozialem Kapital sowohl demokratische Substanz² wie auch wachsende Ungleichheit verbunden sein können. Aufgrund des zweiten Effektes, dass soziales Kapital auch ein wichtiger Faktor gesellschaftlicher Ungleichheit sein kann, worauf vor allem Bourdieu (1983) aufmerksam gemacht hat, ist Ernüchterung gegenüber allzu naiven Erwartungen, die mit dem Konzept des sozialen Kapitals verbunden wurden, eingeleitet. Inzwischen liegen durch zahlreiche empirische Erhebungen (z. B. „Citizenship, Involvement Democracy“, vgl. dazu van Deth et al. 2007, oder die Langzeitstudie „European Social Survey“³) und weitere soziologische Forschungen (Franzen/Freitag 2007) mehr Daten vor, die diesen kritischen Aspekt des Konzeptes bestätigen.

2.2 Politische Partizipation

Politische Partizipation ist ein besonderer Bereich der sozialen Partizipation und anders als diese kein Massenphänomen. Unter politischer Partizipation versteht van Deth „alle Aktivitäten von Bürgern mit dem Ziel, politische Entscheidungen zu beeinflussen“ (2009: 141). Van Deth wundert sich darüber, dass es „trotz der uferlosen Erweiterung des Partizipationsrepertoires nicht schwierig ist, Menschen zu finden, die sich von der Politik fernhalten. Die meisten Bürger sind eher inaktiv und kaum an Politik interessiert [...]“ (2009: 141 f.).

Dies belegen auch die Freiwilligensurveys: Mit 2,7 Prozent zählt das Engagement im Bereich Politik und Interessenvertretung zum „mittleren Bereich“ (BMFSFJ 2010: 7).⁴ Dieser Wert hatte sich auch bei den Befragungen 1999 (2,6 Prozent) und 2004 (2,7 Prozent) ergeben. Noch geringere Werte sind für den Bereich „berufliche Interessenvertretung“ ermittelt worden: 1999: 2,3 Prozent; 2004: 2,4 Prozent; 2009: 1,8 Prozent (BMFSFJ 2010: 93). Die Zahlen des Freiwilligensurveys decken sich mit anderen Erhebungen, so dass in der Forschung von einem konstant niedrigen Niveau ausgegangen wird.

1 Mit diesem Begriff wird das Ensemble von Ressourcen, Netzwerken, Normen und Vertrauen bezeichnet. Sozialkapital kann sowohl als individuelle Ressource aufgefasst werden als auch als kollektive. Es ist Teil der Gemeinschaft und der zivilgesellschaftlichen Organisationen (siehe dazu: Franzen/Freitag 2007: 10).

2 Dieser Begriff beschreibt die Summe aus Werthaltungen, Normen der Gegenseitigkeit, Bereitschaft, bei öffentlichen Angelegenheiten mitzuarbeiten, und politischem Engagement.

3 Weitere Informationen unter: <http://www.europeansocialsurvey.org/> (abgerufen 30.06.2015).

4 Der größte Bereich ist mit 10,1 Prozent Sport und Bewegung. Das Engagement im Bereich Kirche und Religion beträgt 6,9 Prozent und im sozialen Bereich 5,2 Prozent.

Die politische Soziologie schenkt dem Phänomen der politischen Partizipation deshalb breite Aufmerksamkeit, weil sie sie als wichtigen Faktor für die Demokratie betrachtet (Klein/Schmalz-Bruns 1997; Buchstein 2002). Politische Partizipation beschränkt sich zwar nur auf eine Minderheit von politisch Aktiven, ist allerdings elementar wichtig für die politische Ordnung. Ob die politische Partizipation einen hohen oder einen niedrigen Stellenwert einnimmt, hängt vom jeweiligen Demokratieverständnis ab (siehe dazu van Deth 2009: 143). Ein hoher Stellenwert wird der politischen Teilhabe im partizipatorischen Demokratieverständnis zugemessen. Ihm zufolge rücken nach Manfred G. Schmidt „die tätige Mitwirkung der Bürger, die diskursive Konfliktregelung und das Gespräch ins Zentrum. Regieren durch Mitwirkung und Regieren durch Diskussion lauten die Stichworte“ (2008: 338).

In der Demokratietheorie wird politische Partizipation vielfach normativ bestimmt. In der empirischen Forschung dagegen geht es vor allem darum, den Bezug der politischen Partizipation zur demokratischen Entscheidungsfindung klar herauszuarbeiten. Dazu werden Formen, Typen, Umfang und Verbreitung von Partizipation erfasst. Hinzu kommt die Unterscheidung in vier bzw. sechs Haupttypen: (1) Wählen, (2) Mitarbeit in (Partei-)Kampagnen, (3) kollektive (kommunale) Aktivitäten, (4) vereinzelte Kontakte (Kontaktieren), (5) direkte Beteiligung, (6) Ausübung politischer Gewalt (dazu Verba/Nie 1972: 44 ff.; Parry/Moyser/Day 1992: 50 ff.). Zu diesen Typen kommt in jüngerer Zeit mit „political consumerism“⁵ eine weitere Kategorie hinzu.

Für die hier verfolgte Fragestellung ist auch die Mitgliedschaft in bestimmten anderen Organisationen (neben Parteien) von Relevanz, da auch sie zur politischen Partizipation gezählt werden kann. Zu diesen Organisationen zählen die Gewerkschaften, die Verbände und weitere zivilgesellschaftliche Gruppen.

Der Umfang der politischen Partizipation fällt häufig mit parteipolitischen Aktivitäten zusammen, wenngleich zunehmend unkonventionelle Formen mit in die empirischen Erhebungen aufgenommen werden. In solchen Erhebungen wird allerdings auch deutlich, dass sich „politische Partizipation für die meisten Bürger auf die Wahlbeteiligung beschränkt“ (van Deth 2009: 149). Van Deth zieht daraus den Schluss, „dass die enorme Erweiterung des Repertoires politischer Partizipationsformen in den letzten Jahrzehnten offensichtlich nicht zu einer ähnlich starken Steigerung der Nutzung dieser Möglichkeiten geführt hat“ (2009: 149). Im nächsten Kapitel dieser Studie soll daher der Frage nachgegangen werden, ob dies auch auf mitgliederbasierte Organisationen zutrifft. Eine erste Orientierung, welche Faktoren dabei eine Rolle spielen, gibt das „sozio-ökonomische Standardmodell politischer Partizipation“ (Verba/Nie 1972; Dalton 2002), das durch das Civic-Voluntarism-Modell (Verba/Schudzmann/Brady 1995)

5 Der Begriff verweist darauf, dass Konsumententscheidungen eine politische Dimension haben, die sichtbar und diskutierbar gemacht werden kann.

in seiner Erklärungskraft verbessert wurde. Während das erste Modell vor allem die individuellen Ressourcen (Bildung, Einkommen, Schichtzugehörigkeit) in den Mittelpunkt stellt, werden diese im neuen Modell ergänzt durch Motivation und soziale Kontakte. Nach diesem Modell ist politische Partizipation auch abhängig von der politischen Orientierung. Menschen, die sich auf der Rechts-links-Skala eher links einordnen, interessieren sich mehr für Politik und engagieren sich auch eher politisch. Hinzu kommt die Erfahrung der Wirksamkeit des eigenen Handelns. Diese Erfahrung wird häufig erst möglich, wenn im Rahmen von zivilgesellschaftlichen Organisationen gehandelt wird. In das Konzept der politischen Partizipation sind also Elemente des Konzepts der sozialen Partizipation integriert worden. Der Zusammenhang zwischen politischen und vermeintlich unpolitischen Aktivitäten in zivilgesellschaftlichen Organisationen ist viel enger, als dies lange Zeit angenommen wurde. So werden in zivilgesellschaftlichen Organisationen Verhaltensweisen eingeübt, die auch im Bereich der politischen Partizipation benötigt werden: Mehrheiten organisieren, argumentieren, andere mit einbeziehen, übergreifende Perspektiven einnehmen, mit anderen zusammen etwas tun etc.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass in der theoretischen Diskussion zur Partizipation zwischen sozialer und politischer Partizipation unterschieden wird. Empirische Erhebungen haben darüber hinaus gezeigt, dass sich die Formen der politischen Partizipation enorm erweitert haben. Dies hat Auswirkungen auf die Organisationen und ihre Mitglieder. Im nächsten Schritt wird daher genauer darauf eingegangen.

3. Organisationen und Mitglieder

In diesem Kapitel werden die wichtigsten Herausforderungen beschrieben, die sich aus der bisherigen Entwicklung für einzelne Organisationen ergeben. Anschließend wird das folgende Kapitel auf die zukünftigen Trends eingehen.

3.1 Wachstum der Zivilgesellschaft

Für die soziale Partizipation und insbesondere für die politische Partizipation ist die Mitgliedschaft in Vereinigungen allein sicher nicht ausreichend. Diese wird bei den Typen der politischen Partizipation z. B. überhaupt nicht selbstständig erfasst, doch sie ist vielfach der Ausgangspunkt für eine weitergehende Beteiligung. Bereits mit der Mitgliedschaft werden häufig Beteiligungsmöglichkeiten, -ansprüche und -erwartungen verbunden. Dies gilt auch für das bürgerschaftliche Engagement. Die Mitgliedschaft in Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen ist die wohl einfachste Form dieses Engagements. Sie sagt allein aber noch wenig über die Intensität der Einbindung aus. Mitgliedschaften sind jedoch die Basis für weitere Formen der sozialen Integration. Die Autoren des „Berichts zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland“ plädieren dafür, dass der „einfachen formalen Mitgliedschaft im Rahmen des zivilgesellschaftlichen Engagements eine hohe Wertschätzung“ entgegengebracht werden muss: „Im Unterschied zu informellen und kurzfristigen Beziehungen bestehen durch Mitgliedschaften Kontakte über einen längeren Zeitraum, häufig sogar dauerhaft. Zumeist ist die Mitgliedschaft eine wesentliche Voraussetzung für weitere Formen zivilgesellschaftlichen Engagements. So sind viele Bürger bereits durch die Mitgliedschaft in die Tätigkeit ihrer Organisation eingebunden, sie werden angeregt, sich an deren Aktivitäten zu beteiligen, und unterstützen diese durch Zeit- oder Geldspenden“ (Alscher et al. 2009: 51 f.).

Das Thema Mitglieder und ihre Aktivitäten in zivilgesellschaftlichen Organisationen, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und weiteren Vereinigungen genießt aus einem weiteren Grund eine wachsende Aufmerksamkeit. Das Aktivitätsniveau der sozialen Partizipation – zu dem auch das bürgerschaftliche Engagement zählt – ist seit Jahren konstant hoch, während die politische Partizipation gleichbleibend auf einem niedrigen Wert verharrt. Gegenüber früheren Zeiten, so stellt van Deth fest, hat sich das Repertoire der Partizipationsformen enorm erweitert (2009: 149). Die Bürgerinnen und Bürger können aus einem wachsenden Angebot von Formen und Organisationen wählen. Dies bedeutet aber auch, dass die Konkurrenz um Mitglieder bei den Organisationen zunimmt, was sich auch bei den Mitgliedschaftszahlen bemerkbar macht.

Eine Folge davon ist, dass das „Monopol der institutionellen und konventionellen Partizipationsformen“ (van Deth 2009: 156) allmählich verschwindet, dass also klassische Organisationen wie Parteien es zunehmend schwerer haben, Mitglieder zu gewinnen.

Seit Jahren ist zu bemerken, dass die Mitgliederzahlen bei den meisten großen Organisationen abnehmen. Streeck hat dies schon in den 1980er Jahren als ein „Aussterben der Stammkunden“ beschrieben (1987). Weßels hat diese Erosion mit zunehmenden Individualisierungsprozessen auf der einen Seite und Wandlungsprozessen in den Organisationen auf der anderen in Verbindung gebracht. In den Organisationen verschiebt sich das Gewicht von der Mitgliederlogik in Richtung Einflusslogik⁶ (Weßels: 2001: 222). Dies ist die Folge des sozialen Wandels und der heterogener werdenden Interessenlagen. Die Organisationen schaffen es immer weniger, den sich differenzierenden Interessenlagen der Mitglieder gerecht zu werden. Die Organisation ist weniger das Mittel, durch das die Mitglieder handeln, vielmehr handelt die Organisation stellvertretend für die Mitglieder. Die advokatorische oder Stellvertreterpolitik verschärft dabei den Erosionsprozess.

Um Aussagen über die Mitgliedschaft als spezielle Form der politischen und sozialen Partizipation zu treffen, sind Mitgliedschaftsdaten notwendig. Hier gibt es aber Probleme: „Die entsprechende Datenlage ist für Deutschland außerordentlich unbefriedigend. Aktuelle Umfrageergebnisse sind eher selten und Zeitvergleiche infolge unterschiedlicher Fragestellungen kaum möglich. Die Mitgliederstatistiken vieler Organisationen sind nach eigenen Aussagen oft nicht aktuell und vollständig“ (Alscher et al. 2009: 53). Auswertungen zeigen aber klare Trends der Mitgliederentwicklung im Zeitvergleich auf: Viele Organisationen verlieren Mitglieder. Dies wird in Abbildung 1 (siehe Seite 18) dargestellt.

Die Entwicklung der Mitgliederzahlen kann mit absoluten Zahlen noch einmal eindringlicher und deutlicher gemacht werden. In der Abbildung 2 (siehe Seite 19) kann die Abnahme bzw. Zunahme der Mitgliederzahlen anhand der absoluten Zahlen nachvollzogen werden. Hier werden vor allem auch die enormen Größenunterschiede zwischen den Organisationen deutlich. So sind z. B. die Verluste an Mitgliedern für die beiden Kirchen zwar schmerzlich, doch mit zusammen mehr als 47 Millionen Mitgliedern sind sie nach wie vor mächtige Organisationen.

Im Weiteren werden die Entwicklungen der einzelnen Organisationen im Detail beschrieben.

⁶ Mit dem Begriff Mitgliederlogik wird die Kommunikation der Organisation mit ihren Mitgliedern beschrieben. Der Begriff der Einflusslogik bezeichnet die Kommunikation der Organisation mit der politischen Entscheidungsebene (Parlament, Ministerien). Beide Kommunikationsformen verwenden unterschiedliche „Sprachen“.

3.2 Parteien

Parteien erfüllen als demokratische Organisationen wichtige Funktionen für das politische System. Sie sind die „lebendige Verbindung zwischen der Gesellschaft und dem Staat“, und diese wird „in erster Linie durch die Mitgliederbasis der Parteien hergestellt“ (Klein/Spier 2011a: 203). Je mehr Mitglieder eine Partei hat, desto besser kann sie ihre Aufgaben erfüllen und desto größer ist ihr Machtpotenzial. So jedenfalls lautet eine gängige These der politischen Bildung. In der Parteienforschung wird darauf hingewiesen, dass die Parteien kontinuierlich Mitglieder verlieren. Die Erhebungen von Oskar Niedermayer zeigen einen kontinuierlichen Trend nach unten. Für die SPD beginnt dieser Mitte der 1970er Jahre, für die CDU zu Beginn der 1980er. Auch die Linke und die FDP verlieren stetig an Mitgliedern. Lediglich die Grünen haben auf einem niedrigen Niveau dazugewonnen (vgl. auch für die präzisen Zahlen Niedermayer 2014).⁷ Für das Jahr 2014 beträgt die Gesamtzahl der Mitglieder von SPD, CDU, CSU, FDP, Grüne und Linke rund 1.248.000 (FAZ, 24.12.2014)⁸. Kombiniert man diese Zahlen mit denen des Otto-Stammer-Zentrums, so hat die CDU seit 1990 ca. 42 Prozent der Mitglieder verloren, die SPD 51 Prozent, die CSU 21 Prozent, die FDP 67 Prozent, die Linke 78 Prozent; nur die Grünen haben, wie gesagt, in diesem Zeitraum rund 49 Prozent dazugewonnen (eigene Berechnungen aus Niedermayer 2014 und FAZ, 24.12.2014).

Mit dem Mitgliederverlust schwindet auch die Rekrutierungsfähigkeit der Parteien, d. h. die Zahl der Parteimitglieder im Verhältnis zu den Parteibeitrittsberechtigten. Während in den 1970er Jahren noch rund 4 Prozent der beitragsberechtigten Mitglieder einer Partei angehörten, waren es nach 2010 noch rund 2 Prozent – mit sinkender Tendenz. Insgesamt verlieren die Parteien also immer mehr Mitglieder, und folglich nimmt die Intensität ihrer Verbindung zur Bevölkerung ab.

Vor dem Hintergrund des unstreitigen Befundes rückläufiger Mitgliederzahlen diskutiert die Parteienforschung aktuell vor allem folgende Fragen:

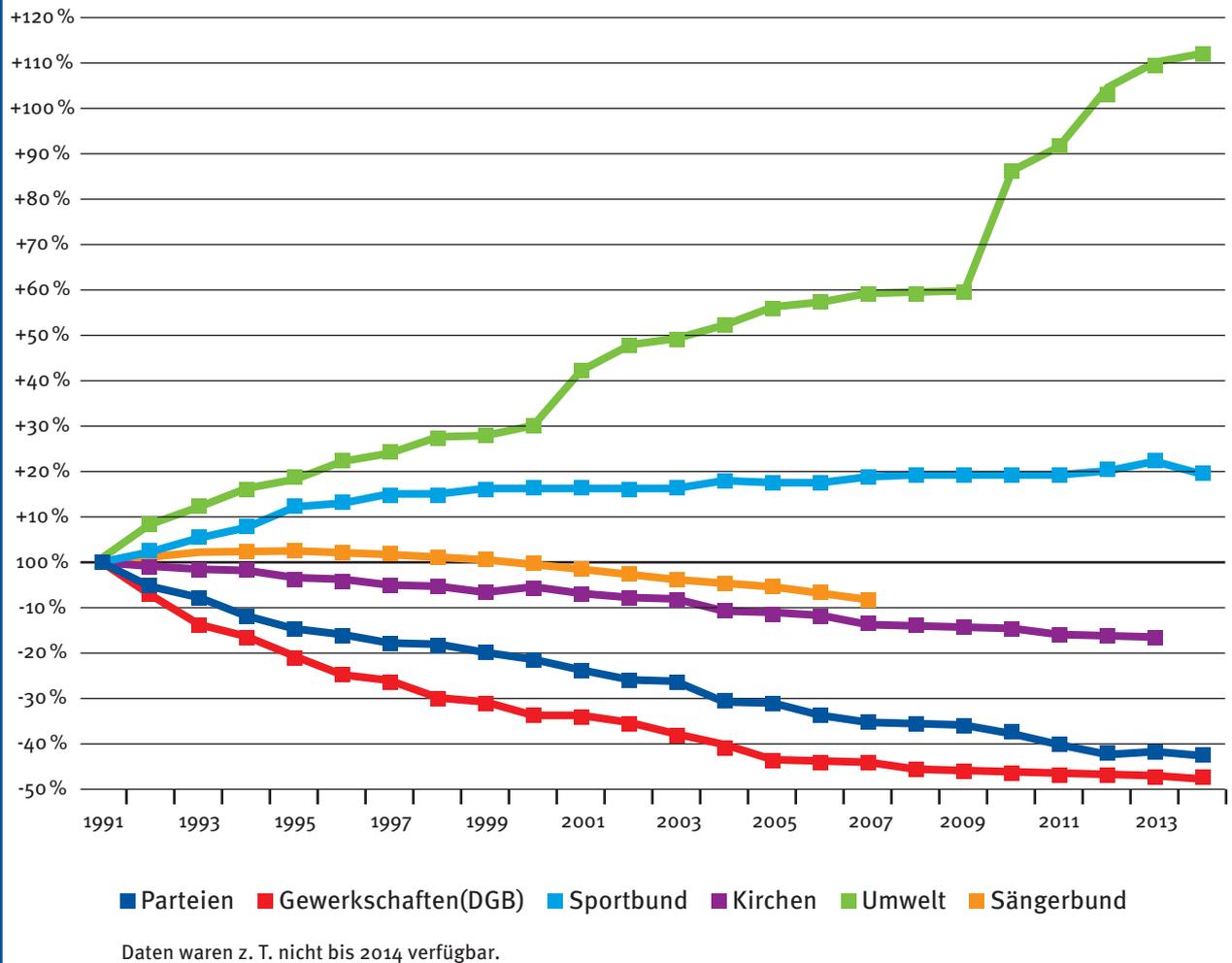
- Hat der Mitgliederrückgang Auswirkungen auf die Funktionen, die Parteien im politischen System zu erfüllen haben?
- Wie gehen Parteien mit ihren Mitgliedern um?
- Bieten sie neue Beteiligungsmöglichkeiten an?
- Wie versuchen sie Mitglieder zu gewinnen?

⁷ Die Grünen hatten 1990 41.316 Mitglieder und gewannen bis 2007 (44.320 Mitglieder) nur schwach dazu (Niedermayer 2014). Seit dieser Zeit gibt es aber einen Aufwärtstrend. 2014 betrug die Zahl der Mitglieder 61.369, also eine Steigerung um rund 38 Prozent seit 2007 (ibid. und FAZ, 24.12.2014)

⁸ Zählt man die Mitglieder der neuen Partei AfD dazu (ca. 21.000) kommt man auf die in Abbildung 2 angegebenen rund 1.269.000 Mitglieder (FAZ, 24.12.2014).

► **Abbildung 1:**

Entwicklung der Mitgliederzahlen ausgewählter Interessenorganisationen und Verbände von 1991 bis 2014 (1991 = 100%)

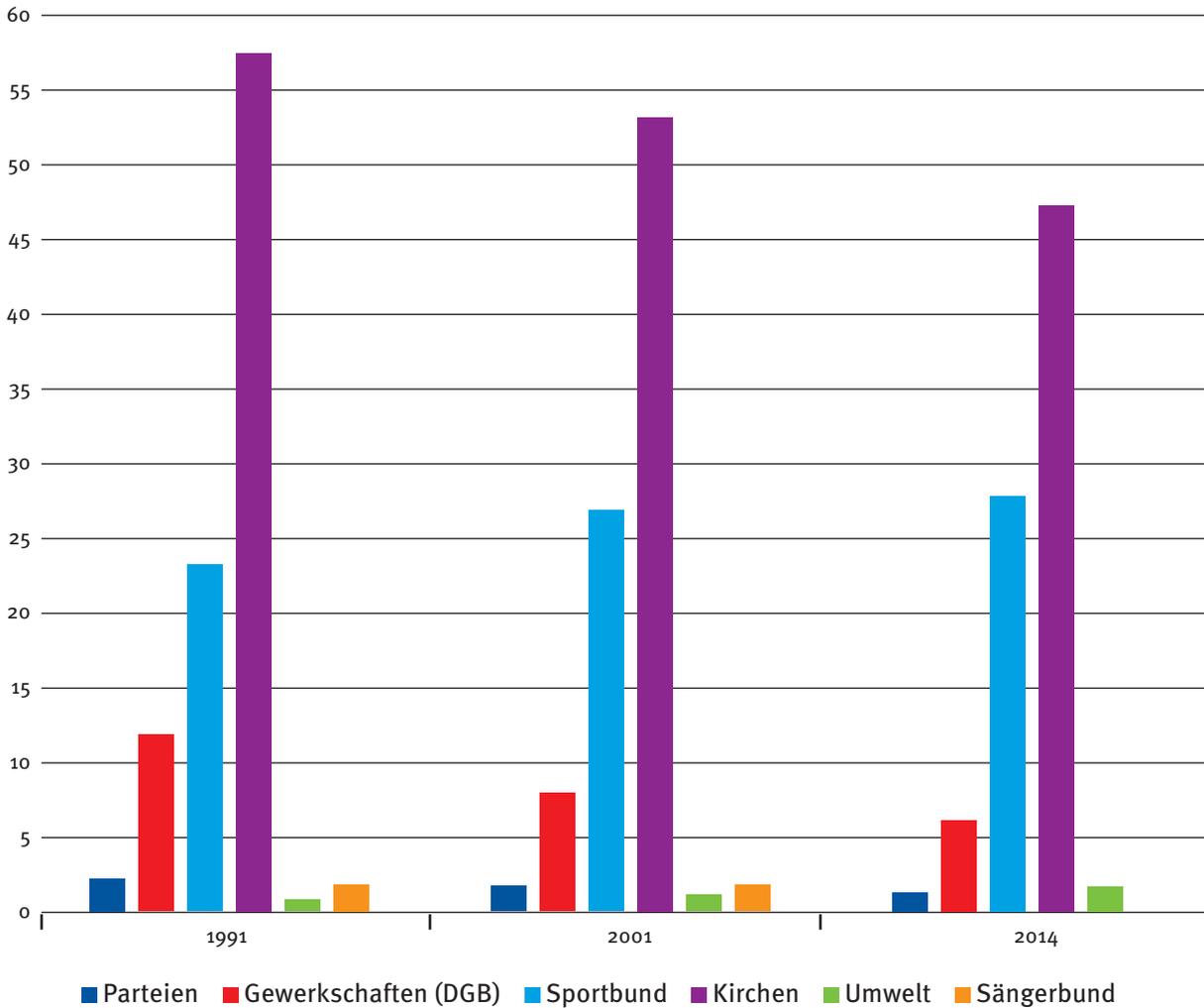


Quelle: Alscher et al. 2009: 51

Lange Zeit wurde in der Parteienforschung die bereits zitierte These vertreten: Je mehr Mitglieder eine Partei hat, desto besser kann sie ihre Aufgaben erfüllen und desto größer ist ihr Machtpotenzial. Parteien brauchen Mitglieder, um ihre Funktion als lebendige Verbindung (Linkage) mit der Bevölkerung zu erfüllen. Allerdings ist diese These umstritten, weil in der Parteienforschung zugleich auch die Gegenthese vertreten wird, dass „kein zwingender Grund zur Annahme besteht, dass der Grad der Funktionserfüllung der Parteien umso höher ist, je mehr Mitglieder sie in ihren Reihen haben“ (Klein/Alemann/Spier et al. 2011: 19 f.). Die These dieser groß angelegten Parteimitgliederstudie von 2011 wird von der Parteienforschung mitt-

► **Abbildung 2:**

Entwicklung der Mitgliederzahlen ausgewählter Interessenorganisationen und Verbände von 1991 bis 2014 (absolute Zahlen in Mio. Mitglieder)



Daten für Sängerbund waren nicht bis 2014 verfügbar, Daten für Kirchen nur bis 2013 verfügbar.
 Die Daten für Umwelt umfassen lediglich die Mitglieder jüngerer Umwelt-Organisationen: NABU, BUND, Greenpeace

Quelle: eigene Darstellung

lerweile mehrheitlich geteilt. Die Autoren der Studie gehen davon aus, dass die Funktionen, die Parteien zu erfüllen haben (Partizipation, Transmission, Selektion, Integration, Sozialisation, Selbstregulation, Legitimation), auch mit einer geringen Zahl von Mitgliedern erfüllt werden können. Es gibt damit für sie keine Mindestanzahl an Mitgliedern bzw. kein Mindestmaß für die Rekrutierungsfähigkeit.

Diese Sicht der Parteienforschung wurde in jüngerer Zeit durch die Konzepte der „professionalisierten Wählerpartei“ (von Beyme 2000: 35) und der „professionalisierten Medienkommuni-

nikationspartei“ (Jun 2009: 288) bekräftigt. Beide Konzepte gehen davon aus, dass Parteien auch mit weniger Mitgliedern ihre Funktionen im politischen System zu erfüllen vermögen. Jun spricht von einer „Funktionsverringering der Parteibasis im kommunikativen Handeln der Parteien“ (2009: 287), und Niedermayer konstatiert eine „Funktionsentleerung der Parteibasis“ (2000: 192).

Empirische Erhebungen zeigen weiterhin, dass die Parteimitglieder nicht repräsentativ für die Bevölkerung sind. Sie sind „eher männlich, eher mittleren und gehobenen Alters, eher hochgebildet, eher Angehörige des öffentlichen Dienstes und eher der mittleren und oberen Mittelschicht zugehörig“ (Klein 2011: 58). Gegenüber diesen Defiziten der sozialstrukturellen Repräsentation wird jedoch die „Meinungsrepräsentation“ (Klein/Spier 2011a: 205) ins Feld geführt. Obgleich die Mitgliedschaften der Parteien nicht die Bevölkerungsstruktur abbildeten, so brächten sie doch die Meinungen der Bevölkerung in ihrer Breite zum Ausdruck.

Insgesamt, so die Autoren Klein und Spier (2011a), befänden Parteien sich in einem „Prozess der Normalisierung“ (ibid.). Dazu gehört auch, dass es nur einen kleinen Kern von Parteimitgliedern gibt, die sogenannten „ämterorientierten Aktiven“ (ibid.: 207), die über partizipationsrelevante Ressourcen verfügen und bereit sind, aktiv zu werden. Die empirische Forschung hat einen Zuwachs bei dieser Gruppe festgestellt, deren Anteil nun bei 22 Prozent der Mitglieder liegt. Sie tragen die Parteiarbeit, und deshalb ist ein höheres Partizipationsniveau der restlichen Mitglieder – so könnte man zugespitzt zusammenfassen – nicht notwendig. Allerdings mache sich ein neuer Mitgliedertyp bemerkbar, der die Arbeit in der Partei stärker prozess- und ergebnisbezogen begreift und weniger geselligkeitsorientiert ist. Das bedeutet, dass neue Mitglieder dieses Typs weniger am Leben des Ortsvereins bzw. der Ortsgruppe interessiert sind, als vielmehr Karriere machen und Ämter übernehmen möchten.

Der Anteil der ämterorientierten Aktiven in den Parteien steigt also. Die Parteien bieten den Mitgliedern zudem erweiterte Möglichkeiten der Partizipation: Sie werden bei der Erstellung der Kandidatenlisten für die Wahl mit einbezogen und nach den Wahlen hinsichtlich Entscheidungen über Koalitionen befragt.

Als Zwischenfazit lässt sich festhalten, dass Parteien Mitglieder verlieren und neue Mitglieder stärker an Ämtern und persönlichem Nutzen orientiert sind. Die Mitgliedschaft als solche ist somit immer weniger ein Beitrittsgrund. Darüber hinaus spiegeln die Mitglieder in den Parteien auch immer weniger die Bevölkerungsstruktur wider.

3.3 Gewerkschaften

Auf einer formalen und begrifflichen Ebene in der sozialwissenschaftlichen Forschung werden die Mitglieder von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Umweltverbänden und anderen mitgliederbasierten Organisationen gleichgesetzt. Ähnlich wird mit deren Partizipation bzw. Beteiligung verfahren. Die Mitgliedschaft und die Beteiligung in Gewerkschaften unterscheiden sich jedoch von derjenigen in anderen Organisationen in mehrfacher Hinsicht. Die Gewerkschaftsmitgliedschaft ist nicht primär allgemein politisch motiviert. Das Handeln der Gewerkschaften und ihre Ziele betreffen die eigene Existenz – den Arbeitsplatz, das Einkommen, die Art der Arbeit, die Zufriedenheit am Arbeitsplatz, die Fähigkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu erwirtschaften – viel unmittelbarer als das Handeln von Parteien, Umweltverbänden und anderen Mitgliederorganisationen. Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft hat daher eine existenzielle Dimension. Dies wirkt sich auch auf die Art und Weise der Beteiligung und die damit verbundenen Ziele aus. Die Billigung des Koalitionsvertrags durch die Mitglieder der SPD im Dezember 2013 beispielsweise hat eine andere Qualität als die Beteiligung der Mitglieder von Gewerkschaften am Zustandekommen von Tarifverträgen. Die Politik der Koalition von SPD und CDU/CSU betrifft die eigene Existenz nicht unmittelbar, wenngleich Entscheidungen dieser Koalition Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsicherheit, die Alterssicherung etc. haben werden. Das Handeln der Gewerkschaften kann allerdings nicht auf individuelle Nutzenkalküle reduziert werden. Mit der Beteiligung an gewerkschaftlichem Handeln werden solche Nutzenkalküle der Einzelnen, die durchaus vorhanden sind, ja gerade in kollektives Handeln transformiert.

Die Mitgliedschaft in Gewerkschaften ist weiterhin von einer solchen in Unternehmens- und Wirtschaftsverbänden unterschieden, denn in diesen sind die Mitglieder in der Regel keine Individuen, sondern juristische Personen. Es ist einsichtig, dass folglich bei Unternehmen als Mitgliedern einer Vereinigung die Formulierung von Handlungszielen anders erfolgt als bei Individuen als Mitgliedern.

Für die Gewerkschaften ist die Mitgliederfrage „zuvorderst eine Machtfrage“ (Wetzels 2013: 18). Denn je mehr Mitglieder die Gewerkschaften haben, desto machtvoller können sie bei Tarifverhandlungen, im politischen Prozess und generell in der Öffentlichkeit bei kontroversen gesellschaftlichen Fragen auftreten. Gewerkschaften haben das Ziel, eine möglichst große Anzahl von Beschäftigten zu organisieren. Eine Gewerkschaft ohne Mitglieder ist im politischen System der Bundesrepublik Deutschland kaum vorstellbar. Für Müller-Jentsch ist daher „gewerkschaftliche Macht Organisationsmacht, die auf Mitgliederzahlen und Mobilisierungspotenzialen beruht“ (1997: 119). Darin unterscheiden sich Gewerkschaften von Parteien, bei denen die Parteienforschung, wie oben erwähnt, mittlerweile keine Notwendigkeit mehr erkennt, möglichst viele Mitglieder zu haben.

Für die Gewerkschaftsforschung sind Daten über Mitglieder, Entwicklungen der Mitgliedschaftszahlen und Organisationsgrad (brutto wie netto)⁹ wichtige Größen. Sie ermöglichen nicht nur eine vergleichende Forschung, sondern geben auch Aufschluss über die Entwicklungslinien der Gewerkschaften innerhalb eines längeren Zeitraums. Dabei zeigen sich durchaus Parallelen zu anderen Großorganisationen. Im Ergebnis konnten sich auch die Gewerkschaften vom allgemeinen Trend des Mitgliederschwunds bei Großorganisationen nicht abkoppeln.¹⁰

Es zeigt sich, dass die DGB-Gewerkschaften zwischen 1950 und 1991 zunächst einen Mitgliederzuwachs verzeichnen konnten. 1991 hatten sie mit 11,8 Millionen Mitgliedern den Gipfelpunkt erreicht. Seit dieser Zeit sind die Mitgliederzahlen aber rückläufig. Innerhalb von zwei Dekaden hat sich die Zahl der Mitglieder bis 2014 auf 6,1 Millionen nahezu halbiert.¹¹

Vor dem geschichtlichen Hintergrund (den Folgen der Deutschen Einheit, einer längeren Periode des Beschäftigungsabbaus und eines starken Wandels der Arbeitswelt) sind die starken Verluste der letzten zwanzig Jahre jedoch zu relativieren. Sowohl der schnelle und starke Anstieg der Mitgliederzahl als auch der relativ schnelle Verlust an Mitgliedern hängt eng mit dem Prozess der deutschen Einheit nach 1989 zusammen. Die Mitglieder des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) in Ostdeutschland wurden Anfang der 1990er Jahre überwiegend Mitglied in Gewerkschaften der früheren Bundesrepublik. Auch wenn die angetretenen Wege zur Mitgliedschaft verschieden waren, – von kollektiver Übernahme (IG CPK) bis hin zur demokratischen Neuaufnahme jedes einzelnen Mitglieds (IG Metall) –, so waren doch kommende Verluste deutlich absehbar; sie wurden seitens der Gewerkschaftsführungen vorausgesehen und bei der Entwicklung der Organisation berücksichtigt.

Insgesamt zeigt sich, dass der Niedergang der Mitgliedschaft mittlerweile abgeschwächt und bei der IG Metall sogar umgekehrt werden konnte. Die IG Metall verzeichnete im Jahr 2012 einen Zuwachs von 0,8 Prozent, 2013 von 0,1 Prozent und 2014 von 0,2 Prozent. Sie hatte Ende 2014 2,27 Millionen Mitglieder.

Die Beteiligung der Mitglieder spielt für die Gewerkschaften seit dem Pforzheimer Abkommen 2004, bei dem die betriebliche Ebene viel stärker in Abstimmungen und Verhandlungen eingebunden wurde, eine zunehmend wichtigere Rolle. Dies etwa in Bezug auf betriebliche Auseinandersetzungen und in der zweiten Lohnlinie, in der es um die Anpassung des ausgehandelten Ergebnisses des Flächentarifvertrages an die Möglichkeiten des Betriebes geht.

⁹ Unter dem Bruttoorganisationsgrad versteht man das Verhältnis der Gewerkschaftsmitglieder zur Zahl der abhängig Beschäftigten und der Erwerbslosen. Der Nettoorganisationsgrad drückt das Verhältnis der abhängig erwerbstätigen Gewerkschaftsmitglieder zur Gesamtzahl der abhängigen Erwerbstätigen aus (siehe dazu: Greef 2014: 701).

¹⁰ Allerdings kann der Organisationsgrad branchenbezogen steigen, wenn dort die Zahl der insgesamt Beschäftigten sinkt.

¹¹ Siehe zu den detaillierten Zahlen den von Samuel Greef zusammengestellten Anhang des Handbuchs Gewerkschaften in Deutschland von Wolfgang Schroeder (2014: 687 ff.); <http://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/mitgliederzahlen/2010> (abgerufen 19.09.2014).

Auch Ver.di, die zweite große DGB-Gewerkschaft, konnte den Mitgliederrückgang kurzfristig umkehren. Für 2013 konnte mit 2,06 Millionen Mitglieder zum ersten Mal wieder ein Plus von 0,16 Prozent verzeichnet werden.¹² Allerdings setzte sich der Mitgliederschwund 2014 wieder fort und die Zahl der Mitglieder betrug Ende 2014 rund 2,04 Millionen.¹³

Neben der absoluten Mitgliederzahl ist auch die Struktur der Mitgliedschaft von großer Bedeutung. Die Gewerkschaften haben u. a. aufgrund der demografischen Entwicklung inzwischen einen hohen Seniorenanteil; er betrug 2008 21 Prozent (Greef 2014: 689). Wichtig ist daher die Entwicklung des Anteils der erwerbstätigen Mitglieder (Nettomitgliedschaften). Bei Ver.di gab es 2013 einen deutlichen Anstieg, allerdings betrug der Anteil der nichterwerbstätigen Mitglieder immer noch 24,02 Prozent.¹⁴ Bei der IG Metall betrug der Zuwachs bei den erwerbstätigen Mitgliedern in den letzten Jahren rund 8 Prozent.

Im Großen und Ganzen ist somit auch bei den Gewerkschaften in den letzten Jahren ein Abwärtstrend bei den Mitgliederzahlen festzustellen; nur die IG Metall konnte dauerhaft leicht gegensteuern. In der Summe verlieren die Gewerkschaften jedoch Mitglieder. Diese sind aber für Gewerkschaften weitaus wichtiger als für Parteien. Denn die Macht der Organisation hängt an der Zahl der Mitglieder und an ihrer Präsenz in allen Erwerbsbereichen.

3.4 Sozialverbände, Verbände im Bereich Tier-, Natur- und Umweltschutz

Deutschland hat im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und zu den USA eine starke Umweltbewegung. Dies ist auch historisch bedingt, weil die Anfänge einer Umweltbewegung bereits am Ende des Kaiserreichs, zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu finden sind. Der Deutsche Naturschutzring (DNR) als Dachverband der deutschen Natur-, Tier-, und Umweltschutzverbände hat 96 Mitglieder. In diesen 96 Mitgliedsverbänden sind ca. 5,2 Millionen Menschen organisiert (siehe dazu auch: Amm 2007: 369). Die steigenden Mitgliederzahlen in Umweltorganisationen unterstreichen den gesellschaftlichen Wandel hin zu neuen, postmateriellen Themen. Die Mitgliederzahlen der Umweltorganisationen in Abbildung 1 und 2 (siehe Seite 18/19) sind nicht mit den Mitgliedern der 96 Mitgliedsverbände des DNR identisch. Sie umfassen lediglich die Mitglieder des NABU, des BUND und die Fördermitglieder von Greenpeace. Der NABU und der BUND sind auch Mitglieder des DNR. Doch der DNR hat weit mehr Mitglieder, z.B. den Deutschen Alpenverein, den Verband Deutscher Sporttaucher und den Deutschen Wanderverband.

¹² <https://www.verdi.de/themen/nachrichten/++co++66487530-792f-11e3-b19b-52540059119e> (abgerufen 26.09.2014).

¹³ <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/74814/umfrage/mitglieder-der-gewerkschaft-verdi-seit-2001/> (abgerufen 02.03.2015).

¹⁴ <https://www.verdi.de/themen/nachrichten/++co++66487530-792f-11e3-b19b-52540059119e> (abgerufen 26.09.2014).

Der Mitgliederschwund in traditionellen Organisationen (Parteien, Gewerkschaften) korrespondiert mit dem Anstieg der Mitgliederzahlen in den neuen Organisationen des Umweltbereichs.

Die beachtliche Zahl an Mitgliedern im Bereich des Natur-, Umwelt- und Tierschutzes fällt in den Bereich der sozialen Partizipation. Nur die wenigsten von ihnen partizipieren politisch, d. h. sind in irgendeiner Form am Zustandekommen oder der Verhinderung politischer Entscheidungen beteiligt. Zunächst bezeichnet die Zahl 5,2 Millionen nur die formale Mitgliedschaft in einer der 96 Mitgliedsorganisationen des DNR; doch es gibt auch Organisationen, die nicht dem DNR angehören. Eine genaue Zahl der Verbände lässt sich nicht ermitteln. Rucht und Roose haben für das Ende der 1990er Jahre bei einer Befragung 120 nationale Organisationen ermittelt und kommen bei einer Schätzung sämtlicher Lokal- und Regionalgruppen auf 9200 (Rucht/Roose 2001: 270 ff.).

Nach dem Freiwilligensurvey von 2009 engagieren sich 2,9 Prozent der Deutschen im Bereich Umwelt- und Tierschutz (Gensicke/Geiss 2010: 7). Damit gehört dieses Feld zum mittleren Engagementbereich, in dem auch Politik und Interessenvertretung mit 2,7 Prozent rangieren. Ein Großteil der 5,2 Millionen Mitglieder des DNR ist überhaupt nicht aktiv; sie üben kein Engagement im Sinne des Freiwilligensurveys aus. Sie sind also lediglich formell Mitglied einer Umweltorganisation.

Diese Tendenz bekräftigen weitere Erhebungen. Umweltorganisationen verzeichnen zwar ein Wachstum an Mitgliedern (siehe Amm 2007: 381), doch insgesamt sinkt die Beteiligungsquote. Das hat mit der „professionalisierungsbedingten ‚Zähmung‘ bzw. inputgerichteten strategischen Entradikalisierung dieser Verbände“ (Amm 2007: 380) zu tun. Dies bedeutet, dass die Verbände ihre Kommunikation an den Erfordernissen der politischen Entscheidungsebene ausrichten. Je stärker sich diese Verbände professionalisieren, desto mehr sinkt die aktive Partizipation der Mitglieder.

Die politischen Aktivitäten im Bereich des Tier-, Umwelt- und Naturschutzes sind weitgehend lobbyistisch strukturiert, d. h., die Verbände nutzen hier die etablierten Formen der verbandlichen Willensbildung und Beteiligung, um damit Einfluss auf politische Entscheidungen auszuüben. Politische Partizipation in diesem Bereich wird durch die Verbände in den traditionellen Formen, die für das politische System optimiert sind, ausgeübt. Mit der Dachverbandsstruktur hat sich der DNR eine Organisationsform gegeben, die den Erfordernissen des korporatistischen politischen Systems der BRD angepasst ist. Von den Akteuren im politischen System (wie den Parlamenten oder Ministerien) wird es gewünscht, dass die Belange des Umwelt- und Naturschutzes mit einer Stimme vertreten werden. Daher erhalten solche Organisationen auch Hilfen durch den Staat in Form von Geldleistungen und privilegierten Zugängen zum Politikprozess. Der Staat hat ein Interesse an solchen Verbandsstrukturen, die von den Mitgliedern nicht allein getragen werden können und müssen.

Die politische Partizipation im Bereich des Tier-, Natur- und Umweltschutzes vollzieht sich in drei Formen. Die erste und dominierende Form besteht in der Beteiligung der Verbände an der Willensbildung im politischen System. Dafür sind der DNR als Dachverband und die Spitzen der Mitgliedsverbände (BUND, NABU, DAV, Bioland etc.) mit ihren verbandlichen Strukturen zuständig. Die Ergebnisse der verbandlichen Willensbildung werden durch die Verbandsfunktionäre bei Anhörungen und weiteren lobbyistischen Kontakten in das politische System eingebracht. Der NABU ist mit rund 500.000 Mitgliedern und Förderern der mitgliederstärkste Umweltverband in Deutschland, gefolgt vom BUND mit ca. 460.000 Mitgliedern. Diese Verbände haben einen Vorteil, weil sie nach § 63 ff. des Bundesnaturschutzgesetzes und der Ländergesetze als Naturschutzverbände anerkannt und bei der Vorbereitung für Planfeststellungsverfahren, Flächennutzungspläne und Bauleitpläne anhörungsberechtigt sind.¹⁵ Hinzu kommt die Möglichkeit der Verbandsklage,¹⁶ die durch die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 12. Mai 2011 verbessert wurde.

Die zweite Form der politischen Partizipation in diesem Bereich geschieht durch spezialisierte Formen des Lobbying, in dem Mitglieder keine (unmittelbare) Rolle mehr spielen. Vielfach haben Organisationen wie die Deutsche Umwelthilfe (DUH) fast keine Mitglieder mehr – mit Ausnahme einiger weniger als quasi formaler Kern, um den vereinsrechtlichen Statuten Genüge zu tun – und bringen umweltpolitische Positionen durch professionalisierte politische Kommunikation in die Politik ein.

Die dritte Form der politischen Partizipation kommt ebenfalls ohne die etablierten Verbandsstrukturen aus. Sie nutzt die neuen Formen der internetbasierten Kommunikation und Social Media. Beispiele dafür sind Greenpeace und Campact. Campact versteht sich als Mobilisierungsagentur und verfügt über mehr als eine Million Kontaktadressen. Diese werden zu bestimmten Themen abgefragt. Kommt eine hinreichend große Unterstützung zustande, dann mobilisiert Campact zu Protestaktionen. Vorbild für Campact sind amerikanische Grassroots-Campaigning-Plattformen wie moveon.org oder avaaz.org. Bei Greenpeace spielt die formale Mitgliedschaft ebenfalls keine Rolle. Vielmehr ist es die mediengerechte Kampagnenführung, mit der die Ziele der Organisation auf die Agenda des politischen Systems gebracht werden.

Entscheidend ist nun, dass die mitgliederbasierte politische Partizipation nur in der ersten Form eine Rolle spielt. Und selbst dort muss die Partizipation der Mitglieder eher als soziale gekennzeichnet werden, während die politische Partizipation in der Regel von den Professionellen innerhalb der verbandlichen Strukturen übernommen wird.

¹⁵ Siehe dazu die Liste der anerkannten Verbände: <http://www.bmub.bund.de/themen/natur-arten/naturschutz-biologische-vielfalt/vom-bund-nach-dem-bundesnaturschutzgesetz-anerkannte-vereine-vereinigungen-und-verbaende/> (abgerufen 10.09.2014).

¹⁶ Die Verbandsklage eröffnet die Klagemöglichkeit vor Gerichten, ohne dass jemand gefunden werden muss, der konkret eine Klage vor einem Gericht erheben kann.

Insgesamt macht sich die Tendenz bemerkbar, dass die Umweltverbände „zunehmend passive Mitglieder an sich binden“ (Amm 2007: 385 f.). Dies hat mit der Professionalisierung und Entradikalisierung der Verbände zu tun. Lobbying wird wichtiger; Mitglieder mit einem hohen Partizipationsbedarf würden hier eher stören. Vielmehr zeigt sich ein neuer Mitgliedertyp: Dieser ist weniger interessiert an Partizipation und gefällt sich vielmehr in der Rolle des Förderers. Greenpeace ist dafür ein gutes Beispiel. Amm spricht sogar von einem „Desinteresse der Förderer an Partizipation“ (2007: 386). Die Professionalisierung und die damit einhergehende Lobbyarbeit haben die Beteiligungsquote in den Umweltverbänden verringert, ohne dass es aber zu einer wachsenden Zahl von Austritten von Mitgliedern gekommen wäre. Allerdings stellt die Forschung auch fest, dass Umweltverbände für jüngere Mitglieder teilweise weniger attraktiv geworden sind. Schon länger sind Einbrüche bei den lokalen Mitgliederaktivitäten zu verzeichnen (Cornelsen 1991). Einige Gruppen, wie Greenpeace und der WWF, gehen hier jedoch ganz andere Wege und binden jüngere Unterstützer über Freiwilligengruppen ein.

Es gibt aber auch Verbände, die einen enormen Mitgliederzuwachs verzeichnen. Sie sind vor allem im sozialen Bereich zu finden. Zu diesen Verbänden zählen neben der Johanniter Unfallhilfe (3,8 Prozent)¹⁷ und den Maltesern (19,5 Prozent) der Sozialverband Deutschland (SoVD) (21,7 Prozent) und vor allem der Sozialverband VdK Deutschland mit einem Zuwachs von 70 Prozent (siehe dazu: FAZ vom 20.08.2014: „Der VdK erkämpft sich Millionen Mitglieder“).

Der VdK erreichte im Jahr 2014 die Marke von 1,7 Millionen Mitglieder, 2000 hatte er eine Million und 1990 922.546 Mitglieder (Futh/Jeanrond 2013: 9; Schroeder et al. 2010: 146). Der Mitgliederzuwachs des VdK ist allerdings regional ungleich verteilt. Einen besonders starken Zugang können der bayerische Landesverband und der von Hessen-Thüringen vorweisen. Als Gründe für die Attraktivität des Verbandes für Mitglieder werden Beratungsleistungen und direkte Ansprache genannt. Die Interessenvertretung spielt kaum eine Rolle. Es ist gerade die kostenlose Sozialrechtsberatung für einen Monatsbeitrag von 5 bis 6 Euro, die für viele einen Beitritt zum VdK attraktiv macht. Die Komplexität des Sozialrechts und die Restriktionen bei den Sozialausgaben lösten eine vermehrte Nachfrage nach Beratungsleistungen aus; so erklärt sich die Vorsitzendes des Verbandes, Ulrike Mascher, den Zustrom (siehe FAZ vom 20.08.2014). Hinzu kommen regionale Besonderheiten. So gehört der VdK in Bayern zum kommunalen Inventar von Vereinen, Gruppen und der CSU. Futh und Jeanrond (2013) identifizieren zusätzlich folgende Gründe für den Mitgliederzuwachs des VdK:

- (1) Es ist die historisch gewachsene Präsenz in der Fläche, die die Rekrutierung von Mitgliedern erleichtert.

¹⁷ Alle Angaben in Klammer betreffen den Mitgliederzuwachs zwischen 2000 und 2014.

- (2) Es wurde in den Jahren des Niedergangs ein Richtungswechsel des Verbandes vollzogen, der dazu führte, dass dieser sich den neuen Mitgliedergruppen der Rentner und der sozial Benachteiligten öffnete.
- (3) Der demografische Wandel sorgt dafür, dass sich die verbandlich neu definierte Zielgruppe vergrößert.
- (4) Die Professionalisierung der Sozialrechtsberatung durch Juristen führte zur Steigerung der Attraktivität des VdK für neue Mitglieder (siehe: Futh/Jeanrond 2013: 39).

Der VdK kann exemplarisch für die Entwicklung der Sozialverbände stehen, die zur Minderheit der Verbände gehören, die einen Mitgliederzuwachs verzeichnen können, da seine konsequente Dienstleistungsorientierung beispielhaft für deren erfolgreiche Methoden zur Mitgliedergewinnung steht.

Insgesamt zeigt sich somit bei den Organisationen der Umweltbewegung ein Trend hin zu neuen politischen Partizipationsformen. Es gibt immer mehr Organisationen, die ohne eine breite Mitgliederbasis auskommen und neue, professionalisierte Formen der Partizipation entwickelt haben. Allerdings ist auch festzustellen, dass es vielen Organisationen im Umwelt- wie im Sozialbereich immer weniger gelingt (und auch immer weniger das Ziel ist), ihre Mitglieder zu mobilisieren. Die Sozialverbände stechen durch ihre enormen Mitgliederzuwächse aus der allgemeinen Entwicklung der Verbände insgesamt heraus.

3.5 NGOs, Initiativen, Gruppen

NGOs (Nichtregierungsorganisationen), politische Gruppen und lose Initiativen sind in den letzten Jahrzehnten als neue Möglichkeiten der politischen Partizipation entstanden. Sie machen den etablierten Organisationen (Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Umweltverbänden) Konkurrenz, weil sie Mitgliedern effektivere Formen der Selbstwirksamkeit anbieten können, ohne einen formellen Mitgliedsstatus eingehen zu müssen.

Die politische Partizipation in diesem Bereich fällt in der politikwissenschaftlichen Einteilung unter die Rubrik der unkonventionellen Formen der Partizipation. Sie ist mit dem Bereich des politischen Protests verbunden. Damit wird gleichzeitig ein Problem benannt, weil Partizipation in diesem Fall zwar politischen Charakter hat, aber nicht von der instrumentellen Definition von Dehts abgedeckt wird (siehe Kapitel 2 in dieser Studie). Die Forschung hat daher frühzeitig darauf aufmerksam gemacht, dass „man bei kollektiven Erscheinungen politischer

¹⁸ Weitere Überlegungen münden in Fragen nach der Motivation für diese Formen der Partizipation. Sie berühren das Feld der Mobilisierung für politischen und sozialen Protest und werden hier nicht weiter behandelt.

Partizipation (z. B. Demonstrationen, Hausbesetzungen) nicht automatisch für jedes sich beteiligende Individuum eine instrumentelle, auf politische Ziele hin gerichtete Partizipationsmotivation unterstellen kann“ (Andersen/Woyke 2003). Die Partizipation in diesem Bereich ist aber mehr als eine bloß soziale; sie ist nicht in jedem Fall direkt auf politische Entscheidungen gerichtet, hat aber in einem weiteren Sinn politischen Charakter.¹⁸

Die Protestforschung (Teune 2008) hat ebenfalls gezeigt, dass das Engagement in NGOs, Initiativen und Gruppen einen deutlich politischen Charakter hat. Präzise Zahlen über die Teilnehmer von Protestereignissen lassen sich nicht angeben, doch mit der Methode der Protestereignisanalyse (Rucht 2001; Hutter/Teune 2012) lassen sich gleichwohl Angaben über die Anzahl der Protestereignisse machen. Die Protestereignisforschung hat drei Wellen identifiziert und herausgearbeitet, wie Protestgegenstände sich gewandelt haben und der Protest in den letzten Jahren stärker konfrontativ organisiert wurde. Mit den Daten der Forschergruppe wurden zwischen 1950 und 2002 mehr als 10.000 Protestereignisse erfasst. In verschiedenen Wellen beteiligten sich jeweils zwischen 2 und 5 Millionen Menschen.

In einer qualitativen Forschungsperspektive kommen Walter et al. (2013) in der Analyse aktueller Protestereignisse zu skeptischeren Ergebnissen. Sie finden vor allem kleine, politisch aktive Kerne in den Initiativen und nicht so sehr die große Masse, die sich bei Protestereignissen wie Demonstrationen oder Unterschriftenaktionen bemerkbar macht. Diese kleinen Gruppen bestehen aus Hochgebildeten mit immensen Kenntnissen in Projektmanagement, politischer Kommunikation und Medienkontakten. Dieser kleinen Gruppe reicht eine politische Beteiligung über Wahlen nicht aus. Hinzu kommt, dass sie den etablierten intermediären Strukturen mit Misstrauen begegnet und bei ihr stattdessen die „plebiszitäre Grundsympathie“ (Walter et al. 2013: 323) stärker ausgeprägt ist.

Für Walter et al. sind die neue Partizipationseuphorie und der gestiegene Wunsch nach Beteiligung Ausdruck eines zunehmenden Misstrauens in der Gesellschaft und keine Weiterentwicklung der Demokratie. Vielmehr sprechen die Autoren von einer „problematischen Mobilisierung der Bürger“ (2013: 333), wobei hinzukommt, dass die Gruppe der Aktiven einer kleinen gesellschaftlichen Gruppe entstammt (s. o.) und folglich sozial höchst selektiv zusammengesetzt ist. Mit diesem Befund wird noch einmal unterstrichen, dass politische Partizipation insgesamt sozial höchst selektiv ist.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass mit den lose organisierten sozialen politischen Protesten den etablierten Organisationen eine Konkurrenz erwachsen ist. Zudem wird der politische Protest konfrontativer. Insgesamt sind damit alternative Handlungsmöglichkeiten für die politische Partizipation entstanden, die in Konkurrenz zur Mitgliedschaft in einer Organisation stehen können.

4. Kontexte und Trends

In diesem Kapitel werden die wesentlichen Kontexte und Trends beschrieben, die für die zukünftige Entwicklung der politischen Partizipation relevant sind. Die wichtigsten Herausforderungen aus der bisherigen Entwicklung wurden in den Abschnitten davor benannt.

4.1 Wandel des Demokratieverständnisses

Demokratie und Partizipation sind sehr stark miteinander verknüpft. Wie erwähnt, ist zu beobachten, dass sich das Repertoire der politischen Partizipation in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich erweitert hat. Die konventionellen Partizipationsformen haben ihre Vorrangstellung verloren. Van Deth (2009: 156) interpretiert dies als einen Wechsel weg von der Beeinflussung von Entscheidungen und hin zu Formen, in denen die Deliberation wichtiger wird: Der Austausch von Argumenten und der Prozess an sich gewinnen damit an Bedeutung.

Die Aufwertung deliberativer Prozesse geht einher mit einer Kritik an den Formen der repräsentativen Demokratie und mit der Forderung nach einer Demokratisierung der repräsentativen Demokratie (Walter et al. 2013: 330 ff.). Diese Kritik äußert sich in zweifacher Hinsicht. Hier ist es zunächst das Ungenügen einer Beteiligung allein über Wahlen und die Kritik daran. Vielen, die sich in Initiativen, Gruppen und Protestaktionen engagieren, genügen die Beteiligung über Wahlen und andere etablierte Beteiligungsverfahren der Organisationen nicht mehr. Sie machen darüber hinaus die Erfahrung der Selbstwirksamkeit (siehe: Walter et al. 2013: 122), wenn die eigenen Aktionen von unmittelbarem Erfolg gekrönt sind, während bei Großorganisationen der eigene Beitrag zum Erfolg vielfach unsichtbar bleibt. Damit wird das Gefühl, die Beteiligung an den etablierten Formen der Willensbildung würde nicht ausreichen, noch gesteigert. Viele Bürgerinnen und Bürger schließen sich zu Bürgerplattformen zusammen, die den direkten Kontakt zur politischen Entscheidungsebene suchen. Im Gegensatz zu Bürgerinitiativen, die an einzelnen Themen arbeiten, sind Bürgerplattformen an generellen Verbesserungen in ihrem Stadtteil interessiert.

Untermauert wird dieses Gefühl weiterhin durch die Kritik an der repräsentativen Demokratie und an den Prozessen und Einbindungsformen intermediärer Organisationen generell. Starker Bezugspunkt der Kritik an der repräsentativen Demokratie ist der von Colin Crouch geprägte Begriff der „Postdemokratie“ (Crouch 2008). Die Kritik an der Praxis intermediärer Organisationen drückt sich zum einen darin aus, dass die Aushandlungsprozesse und die spezifische Logik des Politischen, in der die Kultur des Kompromisses und eine Orientierung an den Sachzwängen gepflegt wird, in Frage gestellt werden. Gefragt wird hier z. B., ob man über-

haupt Parteien brauche. Zum anderen wird auf einer theoriegeleiteten Ebene bezweifelt, ob das Konzept von „Interessenvertretungen als intermediäre[n] Organisationen“ (Haipeter et al. 2011: 246) noch eine treffende Beschreibung der gegenwärtigen Lage ist. Begründet wird dies damit, dass „zentrale Annahmen des Konzepts der intermediären Organisation empirisch nicht mehr haltbar sind“ (ibid.: 247). Dazu zählen die Suche nach Kompromissen und die Suche nach Konsens. Würde diese Beobachtung zutreffen, hätte dies für Gewerkschaften und andere stark in korporatistische Politikprozesse eingebundene Organisationen erhebliche Auswirkungen auf ihr Handlungsrepertoire und auf die Art und Weise der Beteiligung ihrer Mitglieder.

Diese Kritik stellt etablierte mitgliederbasierte Organisationen vor neue Herausforderungen, da sie in der Regel über ein mehrstufiges und umfassendes System der innerverbandlichen Beteiligung der Mitglieder an den Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen des Verbandes verfügen. Das Unbehagen an den innerverbandlichen Prozessen hat aber auch reale Gründe: Die Verbände haben sich mehr auf die Interessenvertretung konzentriert, weil die Mitgliedschaft heterogener und die Kommunikation mit den Mitgliedern schwieriger geworden ist (vgl. Weßels 2001).

4.2 Neubewertung politischer Repräsentation

Die wachsende Kritik am abgehobenen Handeln vieler mitgliederbasierter Organisationen und speziell der Parteien hat in der Wissenschaft eine umfangreiche Diskussion zum Begriff der politischen Repräsentation ausgelöst. Dabei wird von einer Krise der politischen Repräsentation ausgegangen. Die wissenschaftliche Diskussion beschäftigt sich vor allem mit der Krise und der Leistungsfähigkeit der repräsentativen Demokratie angesichts der Proteste der Bürgerinnen und Bürger und des sinkenden Vertrauens in die politischen Institutionen (Thaa 2013; Walter et al. 2013; Volk 2013). Darüber hinaus wird darauf verwiesen, dass die Interessen der Unterschichten im Vergleich zu denen der Mittel- und Oberschichten weniger gut repräsentiert werden (Merkel 2015b: 20). Im Rahmen dieser Diskussion plädiert eine Reihe von Autoren dafür, das Verständnis – und damit auch die Praxis – von Repräsentation zu verändern. In diesem neuen Verständnis wird versucht, Repräsentation mit Formen partizipativer Demokratie zu verbinden.

Die entsprechende Diskussion berücksichtigte bislang jedoch kaum die Funktion von Verbänden, denn durch ihre Einbindung in das politische System werden verschiedene Partizipationsformen erst ermöglicht, und durch demokratische Repräsentation können „konfliktvolle politische Prozesse erst im politischen System dauerhaft Gestalt gewinnen“ (Thaa 2013: 15). Thaa bezieht sich hier auf den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, der vom politischen System nicht nur gelegentlich und spontan bearbeitet werden kann. Die dauerhafte Repräsentation

von grundlegenden Konflikten ist notwendig, um sie zu bearbeiten und den an dem Konflikt beteiligten Akteuren die Möglichkeit zu geben, auf politische Entscheidungen zur Regulation dieses Konflikts Einfluss auszuüben.

Die „konfigurative Funktion politischer Repräsentation“ (Thaa 2013: 159) würde somit darin bestehen, dass gesellschaftliche Konflikte im politischen System und in den Institutionen dargestellt und bearbeitet werden können. Repräsentation der Differenz und nicht der Identität sei die Aufgabe von politischen Institutionen und Organisationen im Prozess der Willensbildung.

Von anderen Autoren werden ähnliche Überlegungen zu einem neuen Repräsentationsverständnis im Sinn politischer Führung (Ritzi/Schaal 2010) oder Nähe und Responsivität (Rosanvallon 2010) vorgestellt. In dieser Richtung können Überlegungen angestellt werden, die sich stärker auf die künftige Art und Weise des Verhaltens der Führung in politischen Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften, Umweltverbänden etc. beziehen. Unter anderem wird diesen eine größere Nähe und eine aktive Bereitschaft, die Stimmen aus der Mitgliedschaft aufzunehmen, empfohlen.

4.3 Ausweitung des Repertoires

Die sich ausweitenden Beteiligungsmöglichkeiten stellen Mitgliederorganisationen vor neue Herausforderungen, weil es inzwischen eine Fülle davon in den verschiedensten Ebenen und Bereichen gibt. So können Andersen und Woyke feststellen: „Insgesamt hat die Partizipationsforschung verlässliche Belege dafür erbracht, dass der Bevölkerung inzwischen ein breites, über Wahlen weit hinausreichendes Beteiligungsreservoir zur Verfügung steht, das sie situations- und zielabhängig selektiv nutzt“ (Andersen/Woyke 2003). Auf der direktdemokratischen Ebene wurde das Repertoire in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet. In allen Bundesländern gibt es ein breites Spektrum direktdemokratischer Beteiligungsformen (siehe dazu: Weixner 2006; Decker 2006). Auch im kommunalen Bereich existiert eine Fülle von Beteiligungsverfahren. Das Handbuch von Nanz und Fritsche (2012) gibt einen Überblick über die Formen, die teilweise in länderübergreifenden Lernprozessen entstanden sind. Nanz und Fritsche identifizieren 17 Arten der Präsenzbeteiligung und weitere der Online- bzw. internetgestützten Beteiligung. Sie stellen fest, dass sich die Bürgerbeteiligung inzwischen zu einer breiten Bewegung entwickelt hat. Deutlich ist aber auch, dass die neuen Formen der Bürgerbeteiligung die repräsentativen Formen zwar ergänzen, nicht aber ersetzen. Sie können einen „Gegenpol“ zu den „dominierenden organisierten Interessen“ (Nanz/Fritsche 2012: 11) bilden. Die verschiedenen Organisationen von Bürgerbeteiligung bieten meist ein breites Spektrum zur tatsächlichen Mitwirkung an der politischen Gestaltung des kommunalen Nahraumes. Sie tun dies aber auch auf nationaler oder supranationaler Ebene, etwa beim „Bürgerdialog Energietechnologien für die Zukunft

2011“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (Nanz/Fritsche 2012: 100) oder bei Beteiligungsverfahren, die durch die Europäische Kommission initiiert wurden. In diesem Feld haben sich besonders die netzbasierten Beteiligungsverfahren als günstige Kommunikationsformen herausgestellt.

Aus der Perspektive der hier verfolgten Fragestellung (derjenigen nach den Forschungsergebnissen zu Veränderungen der Beteiligung in Organisationen) ist es bedeutsam, dass mit den Formen der meist kommunalen Bürgerbeteiligung den mitgliederbasierten Organisationen eine Konkurrenz erwachsen ist. Bürgerinnen und Bürger sind z. B. nicht mehr auf die Parteien verwiesen, wenn sie Interessen im kommunalpolitischen Raum artikulieren wollen. Es ist aber nicht allein die Konkurrenz durch die numerisch gewachsene Zahl der Beteiligungsverfahren. In diesen Formen der Bürgerbeteiligung laufen auch Lernprozesse ab, wie Beteiligung organisiert und wie kommuniziert wird. Die Ergebnisse werden dann in mitgliederbasierte Organisationen getragen und generieren dort ein neues Niveau von Ansprüchen, denen die Organisationen genügen müssen. Sie eröffnen aber den Organisationen auch Möglichkeiten, sich weiterzuentwickeln und die eigenen Beteiligungsprozesse den Erfahrungen und Ansprüchen der eigenen Mitglieder anzupassen.

4.4 Wachsende Bedeutung der Medien

Die Relevanz der Kommunikation über die Massenmedien hat für alle intermediären Organisationen in den letzten Jahren zugenommen (Steiner/Jarren 2009; Hoffjann/Gusko/Sliwa 2013). Die Verbände und Interessengruppen nutzen die Massenmedien, um mit ihrer Umwelt wie auch mit ihren Mitgliedern zu kommunizieren. Mit den sozialen Medien (Facebook, Twitter, YouTube, flickr) ist eine neue Ebene hinzugekommen, und Hoffjann, Gusko und Sliwa sprechen von einer „sozialen Medialisierung“ (2013: 89), mit der sich die Chance eröffnet, dass die Verbände und Interessengruppen intensiver mit ihren Mitgliedern kommunizieren. Allerdings werden die sozialen Medien eher zur Information im Sinne des Web 1.0 und nicht für die Kommunikation mit den Mitgliedern genutzt. „Von einer verbreiteten Partizipationskultur sind Verbände ... weit entfernt“, stellen Hoffjann, Gusko und Sliwa daher fest (2013: 6). Sie sprechen mit dem Blick auf Verbände auch von einem „Partizipationsmythos“ (2013: 88 ff.). Denn Verbände sind instrumentelle Organisationen. Sie nutzen die sozialen Medien, um zu informieren, und haben aufgrund ihrer Organisationsstruktur an Diskussion und Partizipation wenig Interesse. Die sozialen Medien sind für sie quasi Einwegmedien, und vielfach sind deren Angebote auch mit der Verbandskultur nicht vereinbar.

Allerdings ist hier zwischen den einzelnen Organisationen zu differenzieren: zwischen Gewerkschaften und Public Interest Groups¹⁹ und solchen Gruppen, die – wie Campact – keine klassischen Mitglieder mehr haben. Gerade bei den Public Interest Groups haben die sozialen Medien für die Mitgliederbindungskommunikation an Bedeutung gewonnen (Hoffjann/Gusko/Sliwa 2013: 23). Allerdings ist die Bereitschaft der Organisationen, auf die kommunikativ vorgetragene Anliegen und Anregungen der Mitglieder tatsächlich einzugehen, nach wie vor wenig ausgeprägt. Diese Beobachtung wird auch durch den Befund von Beate Hoecker bestätigt: Sie diagnostiziert eine „geringe Bereitschaft der politischen Akteure zu einer zweiseitigen und weniger asymmetrischen Kommunikation“. Deshalb bleibe das „interaktive Potenzial zur Intensivierung der Repräsentationsbeziehung [...] somit (noch) weitgehend ungenutzt“ (2002: 40). Hoecker hat dies vor dem Siegeszug der sozialen Medien formuliert, doch der Befund gilt auch heute noch (siehe dazu: Bieber 2014).

4.5 Veränderte Bedeutung von Mitgliedschaften

Organisationen stehen vor der Herausforderung, einen Mittelweg zwischen zu viel und zu wenig Partizipation zu finden. Viele ihrer Mitglieder haben das Bedürfnis, sich zu beteiligen. Dies ist innerhalb gewisser Grenzen überlebenswichtig für eine Organisation. Doch ebenso notwendig ist, dass Partizipation nicht überhandnimmt, denn dann würde die Organisation gelähmt. Organisationen müssen damit den schmalen Grat zwischen zu viel und zu wenig Partizipation finden.

Einen Ausweg aus dieser schwierigen Balance zeigen Organisationen, die (weitgehend) ohne Mitglieder auskommen. Sie streben die Einflussnahme auf politische Entscheidungen an, ohne die Nachteile einer Mitgliederorganisation in Kauf nehmen zu müssen. Greenpeace war hierfür ein Vorreiter in den 1980er Jahren, heute sind u. a. Foodwatch, der WWF und Campact hinzugekommen. Mit den internetbasierten Kommunikationstechnologien haben sich neue Möglichkeiten der Mobilisierung ergeben. Hinzu kommen eine Beschleunigung der Kommunikation sowie Protestformen, bei denen Themen und Aktionen à la Carte gewählt werden können. Mitgliederlose Organisationen haben den Vorteil, dass sie schneller agieren können und nicht der Langsamkeit von Beteiligungsprozessen ausgesetzt sind. Diese Organisationen kommen dem sich wandelnden Bedürfnis entgegen, dass viele Menschen heute die dauerhafte Bindung an eine Organisation scheuen und sich stattdessen eher fall- oder zeitweise für bestimmte Anliegen engagieren. Diese neuen Formen der selektiven Beteiligung sind stärker

¹⁹ Mit dem Begriff Public Interest Groups werden Organisationen bezeichnet, die für sich in Anspruch nehmen, übergreifende Bürgerinteressen zu formulieren. Das Gegenteil davon sind Private Interest Groups.

kampagnenorientiert, schneller und stärker an Bildern und an Medienwirksamkeit orientiert. Damit kommen die entsprechenden Organisationen den Bedürfnissen der Aktiven nach fallweisem Engagement und schnellen, medienwirksamen Ergebnissen entgegen.

Diese Organisationen stehen also in Konkurrenz zu den mitgliederbasierten Organisationen, können diese aber auch ergänzen, weil deren Mitglieder oft auch die Möglichkeiten solcher Mobilisierungsagenturen nutzen. Es gibt aber auch Unterschiede zwischen den beiden Organisationstypen: Während mitgliederbasierte Organisationen stärker in die Strukturen des politischen Systems eingebunden sind, organisiert der neue Typ vor allem Proteste und massenmedienaffine Ereignisse.

5. Strategien

In der Literatur zu den mitgliederbasierten Organisationen wird eine Reihe von Strategien identifiziert, mit denen die Organisationen auf die Veränderungen in den Beziehungen zu ihren Mitgliedern reagieren. Insgesamt gibt es eine Tendenz, die Mitglieder intensiver mit einzubeziehen. Hierfür nutzen die Organisationen neue Methoden und Formen der strategischen Mitgliederkommunikation. Im Folgenden werden einige Strategien von Parteien, Gewerkschaften und anderen mitgliederbasierten Verbänden vorgestellt, die in der Forschungsliteratur diskutiert werden.

5.1 Parteien

Parteien verfügen über Strukturen, die eine regelmäßige und umfassende Beteiligung der Mitglieder ermöglichen. Da damit das Bedürfnis der Mitglieder nach Beteiligung nicht gestillt werden konnte, sind die Parteien dazu übergegangen, ihre Mitglieder zu ausgewählten Sachverhalten zu befragen.²⁰

Insgesamt befinden sich die Parteien in einem Zwiespalt: Sie möchten mehr als nur punktuelle Formen der Partizipation durch Urwahlen oder Befragungen. Ihnen geht es um die permanente Offenheit der Strukturen für die Stimmen der Mitglieder. Allerdings professionalisieren sich die Parteien weiter. In einer professionalisierten Medienpartei führt dieser Zwiespalt zu Spannungen, da die Kommunikation viel stärker als früher über die Medien läuft und die Mitglieder nicht immer im gewünschten Maße einbezogen werden.

Wie gehen nun die Parteien mit dieser veränderten Lage um? In der Literatur zur Parteienforschung wird über die Einbindung der Mitglieder seit Langem intensiv diskutiert. In dieser Diskussion wird das Thema sehr stark im umfassenden Kontext einer durchgreifenden Reform der Parteien und der Parteiendemokratie verortet. Ulrich von Alemann (1995) hat in diesem Kontext die Partizipationspartei von der Wähler- und Mitgliederpartei unterschieden. Je nach Setzung des Schwergewichts verändert sich die Reformperspektive. Als wesentliche Elemente einer Parteienreform, die auch das Verhältnis der Parteien zu ihren Mitgliedern betreffen, werden diskutiert: die Reform des Wahlrechts, die Reform der Kandidatenauswahl, die Parteienfinanzierung, die Begrenzung der Amtszeiten, die Parlaments- und Verfassungsreform,

²⁰ Die Grünen haben 2013 einen Mitgliederentscheid zur Besetzung des Parteivorsitzes durchgeführt, und die SPD hat im Dezember 2013 ihre Mitglieder über den mit der CDU/CSU ausgehandelten Koalitionsvertrag abstimmen lassen. Die Mitglieder des Landesverbandes Berlin der SPD waren dazu aufgerufen, über den Kandidaten des Regierenden Bürgermeisters abzustimmen, nachdem Klaus Wowereit im September 2014 seinen Rücktritt angekündigt hatte.

Urabstimmungen und Bürgerbefragungen (Aleman 1995: 114-124; siehe auch: Reichart-Dreyer 1997). Insgesamt wird die Reform der Parteiendemokratie als Dreh- und Angelpunkt für die Veränderung des Verhältnisses der Parteien zur Gesellschaft und die Verbesserung der Beteiligung der Mitglieder gesehen.

Vor dem Hintergrund dieser Diskussionen hat Wiesendahl eine Reihe von Vorschlägen gemacht, mit denen die Beteiligungsmöglichkeiten der Mitglieder in den Parteien verbessert werden können (2012). Er schlägt vor, den Handlungsspielraum von Parteispitzen durch eine interne Demokratisierung der Parteien einzuschränken. Das kann über eine erweiterte Personalauswahl (die nicht nur Akklamation ist), über innerparteiliche Mitgliederbegehren, Abstimmungen der Mitglieder zu Regierungsbeteiligungen, über ein Online-Berichtswesen und weitere Formen der Beteiligung geschehen. Wichtig dabei ist die stärkere Nutzung internetgestützter Kommunikationstechniken: Online-Befragungen, Online-Mitgliedschaften, Online-Berichtswesen. Diese Techniken sprechen vor allem jüngere Mitglieder an. Die Ergebnisse der Parteimitgliederstudie haben allerdings gezeigt, dass sich gerade unter den Jüngeren die Motivationsstruktur verändert hat (Klein/Spier 2011b): Klein und Spier gehen davon aus, dass die Parteien – bei einer Halbierung der Mitgliederbestände in wenigen Jahren – langfristig mit einer deutlich kleineren Mitgliederbasis zurechtkommen müssen. Darüber hinaus verändert sich die Motivation: Das innerparteiliche Engagement der Mitglieder wird stärker von persönlichen Vorteilen angetrieben (siehe: Klein/Spier 2011b: 39). Parteien, die strategische Überlegungen anstellen, um wieder mehr Mitglieder zu gewinnen, müssen gewärtigen, dass die bloße Mitgliedschaft heute kaum mehr als Motiv ausreicht, in eine Partei einzutreten. Vielmehr sind es „harte Anreize“ (Klein/Spier 2011b: 33) (Ämter, Mandate, berufliche Perspektiven, Gemeinschaftserlebnisse), die bestimmend für politisches Engagement werden.

Für die Autoren der Parteienmitgliederstudie hat die „gelebte innerparteiliche Demokratie“ die „größte Bedeutung für die Zukunft der Parteien“ (Klein/Spier 2011a: 212). Doch nur die zu Beginn vorgestellte Gruppe der ämterorientierten Aktiven hat einen „grundlegenden Beteiligungswunsch“, so das Ergebnis der empirischen Parteimitgliederstudie (Klein/Spier 2011a: 210). Auch Grassroots-Campaigning-Aktivitäten zur Mobilisierung seien nur eine „symbolische Aufwertung der Mitglieder“ (Jun 2009: 287) und stellten keine ernsthafte Alternative zum dominanten Trend der Professionalisierung und Medialisierung der Kommunikation dar.

In der Parteienforschung wird in den letzten Jahren von einigen die Empfehlung vertreten, die Parteien sollten sich mehr als strategische Akteure aufstellen (Raschke 2002; Raschke/Tils 2007). Im Zentrum dieser Überlegungen steht das Ziel, dass Parteien als kollektive Akteure handlungsfähiger werden sollten. Dies können sie erreichen, indem sie ihre strategischen Zentren stärken und die Kommunikation besser kontrollieren. Dies hat auch Auswirkungen auf den Umgang mit den Mitgliedern und auf die Formen der Beteiligung.

Zu unterscheiden von dieser wissenschaftlichen Diskussion über die Strategien der Parteien insgesamt und deren Umgang mit ihren Mitgliedern ist die Praxis der Parteien. In fast allen Parteien haben sich Reformkommissionen gebildet und es gibt zahlreiche Beispiele für die Verbesserung der Beteiligung der Parteimitglieder an den Willensbildungsprozessen der Parteien. Abseits, aber auch mit Hilfe der wissenschaftlichen Diskussionen und Empfehlungen haben die Parteien Trainings für ihr Führungspersonal entwickelt. In diesen Trainings wird das Führungsverhalten und insbesondere der Umgang mit Mitgliedern zum Gegenstand gemacht. Denn die Veränderung der Parteien ist eine Aufgabe der Parteiführungen.

Als Resümee kann festgehalten werden, dass Parteien auf der einen Seite versuchen, ihre Mitglieder stärker einzubeziehen, und dass sich auf der anderen Seite der Parteiapparat professionalisiert. Außerdem geht die Parteienforschung davon aus, dass Parteien auch in Zukunft weniger Mitglieder haben werden. Zudem werden die Angebote für an politischer Beteiligung Interessierte jenseits der Parteien und somit auch deren Konkurrenz größer.

5.2 Gewerkschaften

Das übergeordnete Ziel der verschiedenen gewerkschaftlichen Strategien heißt Mitgliedererwerbung. Denn der Mitgliederschwund in den vergangenen Jahren hat den Gewerkschaften gezeigt, dass sie ihre Mitgliederbasis verbreitern müssen. Die Strategie der Mitgliedererwerbung konzentriert sich vor allem darauf, mehr Frauen, Angestellte, atypisch Beschäftigte, Arbeitnehmer in Dienstleistungsberufen und Jugendliche zu gewinnen (siehe dazu: Ebbinghaus/Göbel 2014: 234). Es geht aber auch darum, neue Branchen zu erschließen, die sich, wie z. B. die Windkraft, die Solarindustrie und die digitale Industrie, aufgrund des ökonomischen Wandels erst jüngst herausgebildet haben. Neben der reinen Mitgliederzahl geht es vor allem auch darum, dass die Struktur der gewerkschaftlichen Mitglieder der gegenwärtigen Beschäftigtenstruktur wieder entspricht.

Ebbinghaus und Göbel (2014: 235) stellen die von Frege und Kelly (2004) identifizierten verschiedenen Strategien vor, mit denen Gewerkschaften auf die zuvor genannten Herausforderungen und Trends reagieren: Sie reichen von Organizing (1) über Sozialpartnerschaft (2), politischer Arbeit (3), Reform der Gewerkschaftsstrukturen (4), Bündnispolitik (5) bis zu internationaler Zusammenarbeit (6).²¹ Darüber hinaus gibt es Kampagnen der Gewerkschaften, in denen mehrere Strategien miteinander verknüpft werden.

²¹ Das Thema Organizing wird, zusammen mit der Reform der Gewerkschaftsstrukturen, weiter unten ausführlicher behandelt, weil diese Strategien der gewerkschaftlichen Erneuerung relativ neu und, im Falle des Organizings, auch für deutsche Verhältnisse ungewohnt sind.

Die Gewerkschaften zählen zu den wenigen mitgliederbasierten Organisationen, die aus der Fokussierung auf Mitglieder organisationsstrategische Konsequenzen gezogen haben. Allerdings findet sich dazu wenig in der Literatur, da nach Schroeder die „Gewerkschaftsforschung im engeren Sinne – also Studien, die sich mit den inneren Strukturen, Ressourcen und Akteuren der Gewerkschaften befassen“ (2014: 19), sehr begrenzt ist. Für die Gewerkschaften – besonders die IG Metall – bedeutet dies, dass sie ihre Organisation umbauen und die Bereiche Mitglieder, Erschließungsprojekte und Kommunikation aufwerten. So hat die IG Metall einen Strukturfonds für Organisationsentwicklung aufgelegt, mit dem ca. 140 Stellen für Mitgliedererschließungsprojekte geschaffen wurden, die teilweise in den 155 Verwaltungsstellen angesiedelt sind.

Das Thema Organizing wurde in der Wissenschaft intensiv diskutiert (Dribbusch 2007; Rehder 2008; Dörre/Nachtwey 2009; Greef 2013). Mit Organizing wird ein Set von strategischen Instrumenten bezeichnet, dessen sich die Gewerkschaften bedienen, um die eigene Organisation zu stärken und schlagkräftiger zu machen (siehe dazu: Rehder 2014: 244-260). Zunächst überwog eher die Skepsis, ob es möglich ist, dieses Konzept eins zu eins aus der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung in den Kontext der industriellen Beziehungen der Bundesrepublik übertragen zu können. Inzwischen haben die deutschen Gewerkschaften eigene Organizing-Konzepte entwickelt und erkannt, dass Organizing mehr ist als nur eine bestimmte Methode der Mitgliedergewinnung. Es kommt dabei vielmehr darauf an, die politische Dimension des Organizings auszuschöpfen und die Methode für die Politikgestaltung in Betrieben und in der Gesellschaft zu nutzen (siehe: Niemann-Findeisen/Berhe/Kim 2014: 85). Dies bedeutet, dass Beteiligung zu einer wichtigen Dimension von Organizing wird, allerdings eingebettet in die gewerkschaftlichen Strukturen, so dass ein komplementäres Verhältnis von „Partizipation und Repräsentation“ (Niemann-Findeisen/Berhe/Kim 2014: 89) entsteht. Ziel dabei ist es, über eine stellvertretende Interessenpolitik und eine Dienstleistungsorientierung hinauszukommen.

Eine Besonderheit von mitgliederbasierten Organisationen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland ist ihr intermediärer Charakter. Dies gilt besonders für Gewerkschaften. Die damit beschriebene Vermittlungsfunktion zwischen Gesellschaft und politischem System hängt an bestimmten Voraussetzungen, die, wie zuvor erwähnt, laut einigen Beobachtern nicht mehr gegeben sind. Weil die Sozialpartnerschaft brüchig geworden ist (Wetzel 2014) und die Organisationen immer weniger Vermittlungsleistungen erbringen, wird empfohlen, die Interessenvertretung nicht mehr durch dieses Modell zu fassen. Stattdessen wird aus der Sicht der Gewerkschaftsforschung auf eine größere Betriebsnähe, auf Mitgliederbeteiligung und auf eine entschiedene Konfliktorientierung gesetzt. Für die Gewerkschaft wird daher eine „Reaktivierung gewerkschaftlicher Betriebspolitik“ (Haipeter et al. 2011: 241) gefordert. Bei anderen

mitgliederbasierten Organisationen hat die Abkehr vom Konzept der Intermediarität zur Folge, dass mehr Lobbying betrieben wird und eine stärkere Konfliktorientierung zum Tragen kommt, die über die Medien oder durch Formen öffentlichen Protests ausgetragen wird.

Gewerkschaften reagieren also, so lässt sich zusammenfassen, mit verschiedenen Strategien auf die dargestellten Herausforderungen und Trends. Das wichtigste Ziel dabei ist es, Mitglieder zu gewinnen, denn die Stärke der Gewerkschaften ist unmittelbar verknüpft mit der Zahl ihrer Mitglieder. Beteiligung ist ein wichtiger, aber nicht der einzige Bestandteil der Reform der Gewerkschaftsstrukturen.

5.3 Sozialverbände, Verbände im Bereich Tier-, Natur- und Umweltschutz

Wie dargestellt wurde, ist einerseits die Gewinnung neuer Mitglieder für Organisationen eine wichtige Aufgabe, andererseits ist es ebenfalls eine – und vielleicht noch wichtigere – Aufgabe, den vorhandenen Mitgliedern Möglichkeiten der Beteiligung zu eröffnen und ihr Zufriedenheitsgefühl zu erhöhen, denn sie sollen von einem Austritt abgehalten werden. Hier tun sich besonders die Verbände nach wie vor schwer, wie die Studie von Hoffjann, Gusko und Sliwa (2013) zeigt.

Auf die geschwundenen Primärbeziehungen, das heißt auf die geringere Einbindung der Mitglieder in die verbandlichen Formen der Willensbildung, reagieren die Verbände mit dem „Ausbau von nichtöffentlichen Formen der Mitgliederbindungskommunikation“ (Hoffjann/Gusko/Sliwa 2013: 65). Damit soll eine affektive Bindung erzeugt und der Verlust von Beteiligungsmöglichkeiten kompensiert werden. Kommunikation und Beteiligung können natürlich, neben ihrer Funktion als Strategie der Mitgliederbindung, auch mit weiteren, unterschiedlichen Zielen verbunden werden.

Die Verbände setzen teilweise auch soziale Medien ein, um Mitglieder an sich zu binden. In vielen Organisationen haben sich besondere Einheiten herausgebildet, die sich der Mitgliederkommunikation widmen. Dafür werden neben den traditionellen Formen (Mitgliederzeitschriften, -briefe) zunehmend auch elektronische (Newsletter) und Social-Media-Formate verwendet. Hoffjann, Guskow und Sliwa sprechen von den „enormen Potenzialen“ der sozialen Medien, weil sie das Gespräch ersetzen können, müssen allerdings feststellen, dass viele Verbände hier noch sehr zurückhaltend sind. Bereits in der Vergangenheit wurden vielfach öffentliche Kommunikationsformen bei der Mitgliederbindungskommunikation eingesetzt. Erst in jüngerer Zeit werden diese Formen aber verstärkt für die interne Kommunikation genutzt.

Insgesamt ist, wie es bereits für die Gewerkschaften beschrieben wurde, bei den Verbänden zu beobachten, dass das Verhältnis zwischen Mitgliedern und der Führung der Organisation

neu justiert wird. Ein Element bei einem stärkeren Einbezug der Mitglieder ist Grassroots-Campaigning (vgl. Speth 2013). Dabei wird die Position der Mitglieder ebenso gestärkt wie die Führung der Organisation. Die Führung leitet die Mitglieder an, im Sinne der Organisation tätig zu werden, meist mit dem Ziel, politische Entscheidungen und Entscheider zu beeinflussen und das Lobbying der Organisation durch die Stimmen und das Gesicht der Mitglieder zu ergänzen. Dies hat mehrere Vorteile: Mitglieder können besser eingebunden werden, sie handeln eigenständig, und die politischen Entscheider nehmen Bürgerinnen und Bürger wahr und nicht primär eine Organisation. Allerdings bleibt Grassroots-Campaigning beschränkt auf die Interessendurchsetzung, während die allgemeine Revitalisierung von mitgliederbasierten Organisationen eine umfassendere Aufgabe darstellt.

Im Zwischenfazit kann also konstatiert werden, dass die Führungen der Verbände (als mitgliederbasierte Organisationen) versuchen, die Mitglieder stärker in die Prozesse der Organisation mit einzubeziehen. Insbesondere bei der Nutzung von Social-Media-Kanälen sind jedoch viele zurückhaltend (siehe dazu: Hoffjann/Guskow/Sliwa 2013). In der sozialwissenschaftlichen Beobachtung ist feststellbar, dass die Kommunikation mit den Mitgliedern nicht allen Verbänden gut gelingt.

5.4 NGOs, Initiativen, Gruppen

Da die politische Partizipation in NGOs, Initiativen und Gruppen lose organisiert ist, fehlt es diesen an strategischer Handlungsfähigkeit. In der Regel mangelt es diesen Gruppen an starken strategischen Steuerungszentren. Ganz besonders trifft diese Charakterisierung der politischen Handlungsfähigkeit die sozialen Bewegungen. Häufig wird dieses Problem in der Literatur mit dem Hinweis auf Bewegungsorganisationen, die sich allmählich herausbilden, diskutiert (Rucht 1996; Rucht 2001; Kern 2008). Solche Bewegungsorganisationen – z. B. Greenpeace für die Umweltbewegung und Attac für die Bewegung der Globalisierungskritik – können politische Bewegungen über Flauten hinweghelfen, doch sie bergen auch die Gefahr der Verselbstständigung. Insgesamt können auch Bewegungsorganisationen das politische Klima nur zu einem Teil beeinflussen und sind nur bedingt in der Lage, politischen Protest zu steuern.

Etwas anders sieht es auf der Ebene der (Bürger-)Initiativen aus. Auf lokaler Ebene bietet sich eine Vielzahl von Möglichkeiten, die von diesen Gruppen ergriffen werden. Doch sind solche Initiativen aufgrund der Heterogenität, der Zerstreutheit und der Vielfalt der Themen wenig strategiefähig. Vielmehr werden sie von etablierten Parteien benutzt – wie das Beispiel des Einflusses der CSU auf die Gegner der Stromtrassen in Bayern zeigt. Die Vielzahl der Initiativen, die vor allem politische Partizipation im lokalen Raum organisieren und soziale Bewegungen

wie die Globalisierungskritiker, Gruppen gegen TTIP und Flüchtlingsinitiativen, die auf einer nationalen bzw. transnationalen Ebene Gelegenheiten für Partizipation schaffen, sind für die etablierten Organisationen (Parteien, Gewerkschaften, Verbände) eine Herausforderung, auf die sie mit neuen Aktivitäten und Bündnisangeboten reagieren.

In der sozialwissenschaftlichen Bewertung wird die strategische Handlungsfähigkeit von NGOs, Initiativen und politischen Gruppen allgemein zurückhaltend beurteilt. Dieser Bereich ist aber für viele politisch Engagierte von besonderem Interesse, weil sie hier politische Inhalte selbst gestalten und die Erfahrung der Selbstwirksamkeit machen können. Weiterhin ist dieser Bereich für die etablierten Organisationen mit Blick auf politische Beteiligung die größte Konkurrenz. Zugleich birgt er aber auch eine Chance, weil sich hier neue Bündnisse ergeben können.

6. Fazit

Die politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger ist für demokratische politische Ordnungen ein wichtiges Gut. Demokratie basiert auf breiter politischer Beteiligung. Die Veränderungen in der politischen Beteiligung – die Erhöhung, der Rückgang und die Verschiebung in den unterschiedlichen Formen und Bereichen – sind daher wichtige Gegenstände der wissenschaftlichen und politischen Diskussion. Da politische Beteiligung in Demokratien meist über Organisationen erfolgt und diese in ihren inneren Abläufen den Grundprinzipien der Demokratie entsprechen müssen, richtet sich der Blick auch auf die Organisationen.

Politische Beteiligung kann nicht losgelöst von ihrem gesellschaftlichen Kontext betrachtet werden. Sie ist Teil der politischen Kultur und eingebettet in soziale Beteiligung. Der Blick auf das bürgerschaftliche Engagement und die Zivilgesellschaft zeigt, dass die soziale Beteiligung in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat und facettenreicher geworden ist. Er zeigt auch, dass die Raten der politischen Beteiligung nicht zurückgegangen sind. Sie haben sich vielmehr in ihren Anteilen verschoben, weil das Angebot an neuen, unkonventionellen Formen der Beteiligung größer geworden ist. In den letzten Jahrzehnten haben sich zahlreiche Organisationen in den Bereichen Umwelt, Natur, Menschenrechte und Tierschutz gegründet. Ihre Mitgliederzahlen sind deutlich angestiegen. Dies kann mit dem gesellschaftlichen Wertewandel erklärt werden. Es wird aber auch eine Verschiebung zwischen politischer und sozialer Partizipation deutlich, wobei die politische Partizipation z. B. in den Bereichen Menschenrechte und Umwelt auch politischen Charakter hat.

Insgesamt hat diese Verschiebung Auswirkungen auf Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften, Verbände, für die die Beteiligung der Mitglieder eine unersetzliche Ressource ist. Bei fast allen Organisationen sind die Mitgliederzahlen rückläufig. Dieser Rückgang hat mehrere Gründe: Die Bindung der Organisationen an ihre Mitglieder lässt nach; das Angebot an alternativen Möglichkeiten der politischen Beteiligung ist reichhaltiger geworden und viele Mitglieder machen die Erfahrung, dass sie auch außerhalb von Organisationen etwas bewegen können, um nur einige zu nennen.

Die Organisationen reagieren auf die neuen Herausforderungen. Die Parteien haben bislang keinen Weg gefunden, den Mitgliederschwund zu stoppen. Sie versuchen jedoch, Mitglieder stärker bei Entscheidungen mit einzubeziehen. Die Diskussionen um Parteiprogramme, oder Parteitagsanträge und die Wahlkämpfe werden offener gestaltet. Gleichzeitig wird in der Parteienforschung festgestellt, dass Mitglieder an Einfluss verlieren, weil die Parteiorganisationen ihre Kommunikation mit den Wählern stärker an den Medien ausrichten. Zudem sind die Mitglieder immer weniger ein Abbild der eigenen Wählerschaft.

Auch bei den Gewerkschaften ist ein Rückgang bei den Mitgliedern festzustellen, wenn- gleich dieser in den letzten Jahren abgebremst oder teilweise zum Stillstand gebracht werden konnte. Allerdings sind Mitglieder für Gewerkschaften ungleich bedeutsamer, weil ihre Macht unmittelbar mit der Zahl der Mitglieder verbunden ist. Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um den Mitgliederschwund umzukehren und haben dies in Einzelfällen (IG Metall) sogar geschafft. Allerdings gibt es auch bei ihnen Besonderheiten zu beachten: Politische Beteiligung ist kein Wert an sich, wichtig ist nach wie vor die Handlungsfähigkeit der Organisation. Hinzu kommen die Veränderungen in der Arbeitswelt. Gewerkschaften müssen Mitglieder in neuen Bereichen (höherwertige Dienstleistungen, Ingenieure, Frauen etc.) gewinnen, um zukunftsfähig zu werden.

Auch Verbände und andere Organisationen mit individuellen Mitgliedschaften – viele NGOs beispielsweise haben keine individuellen Mitgliedschaften – tun sich schwer, Mitglieder zu gewinnen, zu halten und aktiv an den Willensbildungsprozessen zu beteiligen. Es werden mehr Möglichkeiten der Diskussion und der Mitwirkung geschaffen. Hierfür werden auch webbasierte Techniken genutzt, doch die Organisationen bleiben hierbei insgesamt sehr zurückhaltend.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass es immer mehr konkurrierende Angebote für politische Beteiligung gibt. Bürgerinnen und Bürger mit dem Wunsch, sich politisch zu engagieren, sind nicht mehr so sehr auf etablierte Organisationen angewiesen. Trotz vielfältiger Bemühungen wird politische Beteiligung in und mit Großorganisationen also langfristig zurückgehen.

Doch mitgliederbasierte Organisationen – Parteien, Gewerkschaften, Verbände und Vereine – können etwas tun, um wieder mehr Mitglieder zu gewinnen. Wichtig ist dabei die Beobachtung, dass nicht alle Organisationen Mitglieder verlieren. Bei Organisationen in den Bereichen Freizeit, Sport und Soziales ist ein Anstieg festzustellen. Im engeren Bereich des politischen Engagements sind allerdings Verluste zu verzeichnen.

Von zivilgesellschaftlichen Organisationen ist bekannt, dass sich das Engagement vor allem im lokalen Raum und im sozialen Nahbereich konzentriert. Für politisches Engagement gilt Ähnliches. Dies bedeutet, dass die Beteiligungsmöglichkeiten im lokalen Raum und im sozialen Nahbereich zu stärken sind. Hinzu kommt, dass Organisationen auch transparenter und zugänglicher werden müssen. Zudem sollten sich die Organisationen nicht von einem Auf und Ab des Engagements beeindruckt lassen. Dies ist aus vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen ein bekanntes Problem: Dem euphorischen Beginn folgt eine Enttäuschung, doch nach einer Pause entwickeln viele wieder neues Engagement.

Die Organisationen müssen auf diejenigen Gruppen zugehen die aus der politischen Partizipation ausgestiegen sind. Dies sind vor allem die unteren Schichten der Gesellschaft. Notwendig ist dazu, ihre Interessen, Lebenslagen und Bedürfnisse ernst zu nehmen und Personen

aus diesen Schichten auch wieder an wichtigen Stellen in die Organisationen zu integrieren.

Für viele Organisationen ist es unerlässlich, mehr Jüngere zu gewinnen – gerade in einer älter werdenden Gesellschaft. Hier zeigt sich, dass Jüngere viel stärker den eigenen Nutzen als Engagement- und Beteiligungsmotiv angeben. Dabei haben die Bedürfnisse, die aus den eigenen Lebenslagen erwachsen, eine orientierende Funktion. Organisationen sollten diesen Erwartungen auch entsprechen. Hinzu kommt, dass Jüngere anders über Politik kommunizieren. Sie nutzen stärker das Internet und dort die Social-Media-Kanäle. Parteien, Gewerkschaften und Verbände könnten in diesem Bereich aktiver sein und sollten ihr gewohntes Kommunikationsverhalten überprüfen.

Während die Zahl der Mitglieder in Parteien, Kirchen und Gewerkschaften in den letzten 25 Jahren geschrumpft ist, so wuchs im gleichen Zeitraum die Mitgliederzahl im Deutschen Olympischen Sportbund, vor allem aber in Umweltorganisationen von null auf das (in diesem Zeitraum halbierte) Niveau der Parteien. In anderen Worten: Die an die großen gesellschaftlichen Institutionen der deutschen Nachkriegsgeschichte gebundenen Mitglieder wandern ab. Gleichzeitig steigen die Mitgliedszahlen zivilgesellschaftlicher Institutionen wie Sportbund und vor allem Umweltorganisationen deutlich an.

Parteien, Kirchen und Gewerkschaften haben auf die sie betreffende abnehmende Mitgliederbindung mit neuen Formen von Beteiligung reagiert. Sie setzen bei der Entwicklung geeigneter Zukunftsstrategien verstärkt auf Partizipation, um kulturell an die nächsten Generationen anzuschließen und dabei gleichzeitig auch die Demokratie zu stärken.

7. Literatur

Alemann, Ulrich von (1995): Parteien, Reinbek: Rowohlt.

Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton: Princeton University Press.

Alscher, Mareike/Dathe, Dietmar/Priller, Eckhard/Speth, Rudolf (2009): Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements, hg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Amm, Joachim (2007): Umweltverbände, in: Thomas von Winter/Ulrich Willems (Hg.), *Interessenverbände in Deutschland*, Wiesbaden: Springer VS, S. 367-390.

Andersen, Uwe/Wichard Woyke (Hg.) (2003): *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, 5., aktual. Aufl., Opladen: Leske + Budrich Verlag/Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Online unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40354/politische-beteiligung-politische-partizipation?p=all> (abgerufen 30.06.2015).

Beyme, Klaus von (2000): *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu professionalisierten Wählerparteien*, Wiesbaden: Springer VS.

Bieber, Christoph (2014): Online-Partizipation in Parteien, in: Kathrin Voss (Hg.), *Internet und Partizipation: Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*, Wiesbaden: Springer VS, S. 171-191.

Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel, *Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt, Sonderband 2*, Göttingen: Schwartz, S. 183-198.

Buchstein, Hubertus (2002): Die Bürgergesellschaft: Eine Ressource der Demokratie?, in: Gotthard Breit/Siegfried Schiele (Hg.), *Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 198-222.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010): *Hauptbericht des Freiwilligensurvey 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland: 1999 – 2004 – 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*, München.

Coleman, James (1988): Social Capital in the Creation of Human Capital, in: *American Journal of Sociology* 94, Supplement, S. 95-120.

Cornelsen, Dirk (1991): *Anwälte der Natur. Umweltschutzverbände in Deutschland*, München: Beck.

Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt/M: Suhrkamp Verlag.

Dalton, Russell J. (2002): *Citizen Politics: Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*, 3. Aufl., New York: Chatham House Publishers/Seven Bridges Press.

Decker, Frank (2006): Direktdemokratische Beteiligung auf Bundesebene: Die Diskussion um die Einführung von Plebisziten in das Grundgesetz, in: Beate Hoecker, *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung*, Opladen: Budrich, S. 133-155.

Deth, Jan W. van/Montero, José Ramón/Westholm, Anders (Hg.) (2007): *Citizenship and Involvement in European Democracies: A Comparative Analysis*, London: Routledge.

- Deth, Jan W. van (2009): Politische Partizipation, in: Viktoria Kaina u. a. (Hg.), Politische Soziologie. Ein Studienbuch, Wiesbaden: Springer VS, S. 141-161.
- Dörre, Klaus/Nachtwey, Oliver (2009): Auf dem Weg zur Erneuerung – Organizing als politisches Instrument, in: Forschungsjournal NSB, 22 (4), S. 32-42.
- Dribbusch, Heiner (2007): Das »Organizing-Modell«. Entwicklung, Varianten und Umsetzung, in: Peter Bremme, Ulrike Fürniß, Ulrich Meinecke (Hg.), Never Work Alone. Organizing – ein Zukunftsmodell für Gewerkschaften, Hamburg: VSA Verlag, S. 24-52.
- Ebbinghaus, Bernhard/Göbel, Claudia (2014): Mitgliederrückgang und Organisationsstrategien deutscher Gewerkschaften, in: Wolfgang Schroeder (Hg.), Handbuch Gewerkschaften in Deutschland, Wiesbaden: Springer VS, S. 207-239.
- FAZ (24.12.2014): Mitgliederschwund. Volksparteien schrumpfen, die AfD wächst, FAZ.net. Online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/mitgliederschwund-volksparteien-schrumpfen-die-afd-waechst-13340441.html> (abgerufen 30.06.2015).
- Franzen, Axel/Freitag, Markus (2007): Aktuelle Themen und Diskussionen der Sozialkapitalforschung, in: dies. (Hg.), Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 47, S. 7-22.
- Frege Carola M./Kelly, John (2004): Varieties of Unionism: Strategies for Union Revitalization in a Globalizing Economy, Oxford: Oxford University Press.
- Futh, Sascha/Jeanrond, Hanna (2013): Der Erfolg des Sozialverbands VdK. Wie sich ein Verband zum Mitgliedmagnet transformiert, Düsseldorf (Böckler Arbeitspapier 289).
- Gensicke, Thomas/Picot, Sibylle/Geiss, Sabine (Hg.) (2006): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Wiesbaden.
- Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurvey 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, München.
- Gerhardt, Volker (2007): Partizipation. Das Prinzip der Politik, München: Beck.
- Greef, Samuel (2013): Organizing: Die Mobilisierung der Basis bei den Gewerkschaften, in: Rudolf Speth (Hg.), Grassroots-Campaigning, Wiesbaden: Springer VS, S. 91-111.
- Greef, Samuel (2014): Gewerkschaften im Spiegel von Zahlen, Daten und Fakten, in: Wolfgang Schroeder (Hg.), Handbuch Gewerkschaften in Deutschland, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer VS, S. 659-759.
- Haipeter, Thomas/Brettschneider, Antonio/Bromberg, Tabea/Lehndorff, Steffen (2011): Rückenwind für Betriebsräte: Eine Analyse betrieblicher Modernisierungskampagnen in der Metall- und Elektroindustrie, Berlin: edition sigma.
- Hoecker, Beate (2002): Mehr Demokratie via Internet? Die Potenziale der digitalen Technik auf dem empirischen Prüfstand, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 52: S. 37-45.
- Hoecker, Beate (2006): Politische Partizipation: systematische Einführung, in: Beate Hoecker (Hg.), Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest, Opladen: Budrich, S. 3-20.

- Hoffjann, Olaf/Gusko, Jeannette (2013): Der Partizipationsmythos. Wie Verbände Facebook, Twitter & Co. nutzen. Frankfurt/Main (Otto Brenner Stiftung, Arbeitsheft 75). Online unter: http://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AH_75_Partizipation_WEB.pdf (abgerufen 30.06.2015).
- Hoffjann, Olaf/Gusko, Jeannette/Sliwa, Ariana (2013): Der Partizipationsmythos. Deutschlands Verbände wollen Beteiligung ermöglichen, bieten aber nur wenig an, in: *Neue Soziale Bewegungen* 26 (2), S. 88-99.
- Hutter, Swen/Teune, Simon (2012): Politik auf der Straße: Deutschlands Protestprofil im Wandel, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 25-26, S. 9-17.
- Jun, Uwe (2009): Parteien, Politik und Medien. Wandel der Politikvermittlung unter den Bedingungen der Mediendemokratie, in: Frank Marcinkowski, Barbara Pfetsch (Hg.), *Politik in der Mediendemokratie*, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 42, Wiesbaden, S. 270-295.
- Kern, Thomas (2008): *Soziale Bewegungen: Ursachen, Wirkungen, Mechanismen*, Wiesbaden: Springer VS.
- Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns, Rainer (Hg.) (1997): *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland*. Bonn: Nomos.
- Klein, Markus (2011): Wie sind die Parteien gesellschaftlich verwurzelt?, in: Tim Spier, Markus Klein, Ulrich von Alemann, Hanna Hoffmann, Annika Laux, Alexandra Nonnenmacher, Katharina Rohrbach, *Parteimitglieder in Deutschland*, Wiesbaden: Springer VS, S. 38-59.
- Klein, Markus/Alemann, Ulrich von/Spier, Tim (2011): Warum brauchen Parteien Mitglieder?, in: Tim Spier, Markus Klein, Ulrich von Alemann, Hanna Hoffmann, Annika Laux, Alexandra Nonnenmacher, Katharina Rohrbach, *Parteimitglieder in Deutschland*, Wiesbaden: Springer VS, S. 19-30.
- Klein, Markus/Spier, Tim (2011a): Welche Zukunft hat das innerparteiliche Engagement der Bürger?, in: Tim Spier, Markus Klein, Ulrich von Alemann, Hanna Hoffmann, Annika Laux, Alexandra Nonnenmacher, Katharina Rohrbach, *Parteimitglieder in Deutschland*, Wiesbaden: Springer VS, S. 203-213.
- Klein, Markus/Spier, Tim (2011b): Parteibeitritt und Parteimitgliedschaft im Wandel, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 44-45, S. 33-39.
- Merkel, Wolfgang (2015a): *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*, Wiesbaden: Springer VS.
- Merkel, Wolfgang (2015b): Nur schöner Schein? Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis, Frankfurt/M. (Otto Brenner Stiftung, Arbeitsheft 80). Online unter: https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AH80_Demokratie_web.pdf (abgerufen 30.06.2015).
- Müller-Jentsch, Walther (1997): *Soziologie der Industriellen Beziehungen*, 2. Aufl., Frankfurt/M., New York: Campus Verlag.
- Nanz, Patrizia/Fritsche, Miriam (2012): *Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Niedermayer, Oskar (Hg.) (2000): *Demokratie und Partizipation*. Festschrift für Max Kaase, Wiesbaden: Springer VS.
- Niedermayer, Oskar (2014): *Parteimitglieder in Deutschland: Version 2014*, Berlin. (Otto-Stammer-Zentrum, Arbeitsheft 21). Online unter: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsocz/schriften/Arbeitshefte/AHOSZ21.docx> (abgerufen 30.06.2015).

- Niemann-Findeisen, Sören/Berhe, Jonas /Kim, Susanne (2014): Organizing in der IG Metall. Eine Begriffsbestimmung, in: Detlef Wetzels, Organizing. Die Veränderung der gewerkschaftlichen Praxis durch das Prinzip Beteiligung, Hamburg: VSA Verlag, S. 76-91.
- Parry, Geraint/Moyser, George/Day, Neil (1992): Political Participation and Democracy in Britain, Cambridge: Cambridge University Press.
- Putnam, Robert (1993): Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy, Princeton: Princeton University Press.
- Raschke, Joachim (2002): Politische Strategie. Überlegungen zu einem politischen und politologischen Konzept, in: Frank Nullmeier, Thomas Saretzki (Hg.), Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien, Frankfurt/M.: Campus Verlag, S. 207-241.
- Raschke, Joachim/Tils, Ralf (2007): Politische Strategie. Eine Grundlegung, Wiesbaden: Springer VS.
- Rehder, Britta (2008): Revitalisierung der Gewerkschaften? Die Grundlagen amerikanischer Organisierungserfolge und ihre Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse, in: Berliner Journal für Soziologie, 18 (3), S. 432-456.
- Rehder, Britta (2014): Vom Korporatismus zur Kampagne? Organizing als Strategie der gewerkschaftlichen Erneuerung, in: Wolfgang Schroeder (Hg.), Handbuch Gewerkschaften in Deutschland, Wiesbaden: Springer VS, S. 241-264.
- Reichart-Dreyer, Ingrid (1997): Parteireform, in: Oskar W. Gabriel, Oskar Niedermeyer, Richard Stoess (Hg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Wiesbaden: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 338-356.
- Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (2010): Responsivität und Pluralismus – das Dilemma liberaler Demokratien, in: Vorgänge 1, S. 13-27.
- Rosanvallon, Pierre (2010): Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit, Reflexivität, Nähe, Hamburg: Hamburger Edition.
- Rosenblatt, Bernhard von (Hg.) (2000): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Band 1. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Stuttgart, Köln, Berlin.
- Roßteutscher, Sigrid (2009): Soziale Partizipation, in: Viktoria Kaina u. a. (Hg.), Politische Soziologie. Ein Studienbuch, Wiesbaden: Springer VS, S. 163-180.
- Rucht, Dieter (1996): Multinationale Bewegungsorganisationen: Bedeutung, Bedingungen, Perspektiven, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 9 (2), S. 30-41.
- Rucht, Dieter (Hg.) (2001): Protest in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt/M., New York. Campus Verlag.
- Rucht, Dieter/Roose, Jochen (2001): Zur Institutionalisierung von Bewegungen: Umweltverbände und Umweltproteste in der Bundesrepublik, in: Bernhard Weßels, Annette Zimmer (Hg.), Verbände und Demokratie in Deutschland, Opladen: Leske + Budrich Verlag, S. 261-290.
- Schmidt, Manfred G. (2008): Demokratietheorien. Eine Einführung, 4. überarb. Aufl., Wiesbaden: Springer VS.
- Schroeder, Wolfgang (Hg.) (2014), Handbuch Gewerkschaften in Deutschland, Wiesbaden: Springer VS.
- Schroeder, Wolfgang (2014): Gewerkschaften im Transformationsprozess. Herausforderungen, Strategien und Machtressourcen, in: ders. (Hg.), Handbuch Gewerkschaften in Deutschland, Wiesbaden: Springer VS, S. 13-45.

- Schroeder, Wolfgang/Munimus, Bettina/Rüdt, Diana (2010): Seniorenpolitik im Wandel. Verbände und Gewerkschaften als Interessenvertreter der älteren Generation. Frankfurt/M: Campus Verlag.
- Speth, Rudolf (2013): Grassroots-Campaigning: Mobilisierung von oben und unten – Einleitung, in: ders., Grassroots-Campaigning, Wiesbaden: Springer VS, S. 7-25.
- Steinbrecher, Markus (2009): Politische Partizipation in Deutschland, Baden-Baden: Nomos.
- Steiner, Adrian/Jarren, Otfried (2009): Intermediäre Organisationen unter Medieneinfluss? Zum Wandel der politischen Kommunikation von Parteien, Verbänden und Bewegungen, in: Frank Marcinkowski, Barbara Pfetsch (Hg.), Politik in der Mediengesellschaft, Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 42, Wiesbaden, S. 251-269.
- Streck, Wolfgang (1987): Vielfalt und Interdependenz: Überlegungen zur Rolle intermediärer Organisationen in sich ändernden Umwelten, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 39, S. 471-495.
- Teune, Simon (2008): Gibt es so etwas überhaupt noch? Forschung zu Protest und sozialen Bewegungen, in: Politische Vierteljahresschrift 49 (3), S. 528-547.
- Thaa, Winfried (2013): ‚Stuttgart 21‘ - Krise oder Repolitisierung der repräsentativen Demokratie?, in: Politische Vierteljahresschrift 54 (1), S. 1-20.
- Verba, Sidney/Nie, Norman H. (1972): Participation in America: Political and Social Equality, New York: University of Chicago Press.
- Verba, Sidney/Schudzmann, Kay Lehman/Brady, Henry E. (1995): Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics, Cambridge: Harvard University Press.
- Volk, Christian (2013): Zwischen Entpolitisierung und Radikalisierung. Zur Theorie von Demokratie und Politik in Zeiten des Widerstands, in: Politische Vierteljahresschrift 54, S. 75-110.
- Walter, Franz/ Marg, Stine/Butzlaff, Felix (2013): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen? BP-Gesellschaftsstudie, Reinbek: Rowohlt.
- Weixner, Bärbel Martina (2006): Direktdemokratische Beteiligung in Ländern und Kommunen, in: Beate Hoecker, Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest, Opladen: Budrich, S. 100-132.
- Weßels, Bernhard (2001): Vermittlungsinstitutionen und Interessenvertretung: Zur Performanz von Mitgliederorganisationen in Deutschland, in: Achim Koch, Martina Wasmer, Peter Schmidt (Hg.), Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen: Leske + Budrich Verlag, S. 221-246.
- Wetzel, Detlef (Hg.) (2013): Organizing. Die Veränderung der gewerkschaftlichen Praxis durch das Prinzip Beteiligung, Hamburg: VSA-Verlag.
- Wetzel, Detlef (2013). Für eine neue gewerkschaftliche Agenda, in: Detlef Wetzel (Hg.), Organizing. Die Veränderung der gewerkschaftlichen Praxis durch das Prinzip Beteiligung, Hamburg: VSA-Verlag, S. 13-29.
- Wiesendahl, Elmar (2012): Partizipation und Engagementbereitschaft in Parteien, in: Tobias Mörschel, Christian Krell (Hg.), Demokratie in Deutschland. Zustand - Herausforderungen - Perspektiven, Wiesbaden: Springer VS, S. 121-157.

Über den Autor:

Rudolf Speth ist Privatdozent am Otto Suhr Institut der Freien Universität Berlin für Politikwissenschaft. Er hat lange Jahre den Lehrstuhl „Politisches System der BRD/Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Kassel vertreten. Seine Arbeitsschwerpunkte sind u.a. Lobbying, Interessenvertretung, Verbände, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement.

Arbeitspapiere der Otto Brenner Stiftung

Die Ergebnisse von Kurzstudien veröffentlichen wir in der OBS-Reihe „Arbeitspapiere“, inzwischen liegen 16 Arbeitspapiere vor. Sie erscheinen nur online.

Infos und download: www.otto-brenner-stiftung.de

- Nr. 16 Politische Beteiligung: Lage und Trends
(Rudolf Speth)
- Nr. 15 Der junge Osten: Aktiv und Selbstständig – Engagement Jugendlicher in Ostdeutschland
(Jochen Roose)
- Nr. 14 Wettbewerbspopulismus – Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen
(David Bebnowski und Lisa Julika Förster)
- Nr. 13 Aufstocker im Bundestag – Nebeneinkünfte und Nebentätigkeiten der Abgeordneten zu Beginn der 18. Wahlperiode
(Herbert Hönigsberger)
- Nr. 12: Zwischen Boulevard und Ratgeber-TV. Eine vergleichende Programmanalyse von SWR und NDR
(Joachim Trebbe)
- Nr. 11: Die sechste Fraktion. Nebenverdiener im Deutschen Bundestag
(Herbert Hönigsberger)
- Nr. 10: Chancen der Photovoltaik-Industrie in Deutschland
(Armin Räuber, Werner Warmuth, Johannes Farian)
- Nr. 9: Logistik- und Entwicklungsdienstleister in der deutschen Automobilindustrie – Neue Herausforderungen für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen
(Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 8: Wirtschaftsförderung und Gute Arbeit – Neue Herausforderungen und Handlungsansätze
(Martin Grundmann und Susanne Voss unter Mitarbeit von Frank Gerlach)
- Nr. 7: Wahlkampf im medialen Tunnel – Trends vor der Bundestagswahl 2013
(Thomas Leif und Gerd Mielke)
- Nr. 6: Wer sind die 99%? Eine empirische Analyse der Occupy-Proteste
(Ulrich Brinkmann, Oliver Nachtwey und Fabienne Décieux)
- Nr. 5: Wie sozial sind die Piraten?
(Herbert Hönigsberger und Sven Osterberg)
- Nr. 4: Solarindustrie: Photovoltaik. Boom – Krise – Potentiale – Fallbeispiele
(Ulrich Bochum und Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 3: Gewerkschaftliche Netzwerke stärken und ausbauen
(Anton Wundrak)
- Nr. 2: Werkverträge in der Arbeitswelt
(Andreas Koch)
- Nr. 1: Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland
(Sebastian Bödeker)

Wer über laufende Projekte, aktuelle Arbeitspapiere und neue Arbeitshefte informiert werden will, wer auf wichtige Termine und interessante Veranstaltungen regelmäßig und frühzeitig hingewiesen werden sowie über die Arbeit der Stiftung und spannende Kooperationsprojekte auf dem Laufenden gehalten werden möchte, sollte unseren Newsletter abonnieren, der bis zu fünf Mal im Jahr erscheint.

Infos und Abo unter: www.otto-brenner-stiftung.de/presse/newsletter/archiv.html

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert internationale Konferenzen (Mittel-Ost-Europa-Tagungen im Frühjahr), lobt jährlich den „Brenner-Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen, vergibt Kurzstudien und legt aktuelle Analysen vor.

... macht die Ergebnisse der Projekte öffentlich zugänglich.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit.

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 9. April 2015 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens

Konto: 905 460 03	161 010 000 0
BLZ: 500 500 00	oder 500 101 11
Bank: HELABA Frankfurt/Main	SEB Bank Frankfurt/Main
IBAN: DE11 5005 0000 0090 5460 03	DE81 5001 0111 1610 1000 00
BIC: HELA DE FF	ESSE DE 5F

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit

Konto: 905 460 11	198 736 390 0
BLZ: 500 500 00	oder 100 101 11
Bank: HELABA Frankfurt/Main	SEB Bank Berlin
IBAN: DE86 5005 0000 0090 5460 11	DE11 1001 0111 1987 3639 00
BIC: HELA DE FF	ESSE DE 5F 100

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 81**
Bernd Gäbler
„... den Mächtigen unbequem sein“
Anspruch und Wirklichkeit der TV-Politikmagazine
- **OBS-Arbeitsheft 80**
Wolfgang Merkel
Nur schöner Schein?
Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis
- **OBS-Arbeitsheft 79***
Fabian Virchow, Tanja Thomas, Elke Grittmann
„Das Unwort erklärt die Untat“
Die Berichterstattung über die NSU-Morde – eine Medienkritik
- **OBS-Arbeitsheft 78***
Hans-Jürgen Art, Wolfgang Storz
Missbrauchte Politik
„Bild“ und „BamS“ im Bundestagswahlkampf 2013
- **OBS-Arbeitsheft 77***
Werner Rügemer, Elmar Wigand
Union-Busting in Deutschland
Die Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften als professionelle Dienstleistung
- **OBS-Arbeitsheft 76***
Marvin Oppong
Verdeckte PR in Wikipedia
Das Weltwissen im Visier von Unternehmen
- **OBS-Arbeitsheft 75***
Olaf Hoffjann, Jeannette Gusko
Der Partizipationsmythos
Wie Verbände Facebook, Twitter & Co. nutzen
- **OBS-Arbeitsheft 74***
Alexander Hensel, Stephan Klecha
Die Piratenpartei
Havarie eines politischen Projekts?
- **OBS-Arbeitsheft 73**
Fritz Wolf
Im öffentlichen Auftrag
Selbstverständnis der Rundfunkgremien, politische Praxis und Reformvorschläge
- **OBS-Arbeitsheft 72***
Bernd Gäbler
Hohle Idole
Was Bohlen, Klum und Katzenberger so erfolgreich macht
- **OBS-Arbeitsheft 71***
Hans-Jürgen Art, Wolfgang Storz
„Bild“ und Wulff – Ziemlich beste Partner
Fallstudie über eine einseitig aufgelöste Geschäftsbeziehung
- **OBS-Arbeitsheft 70***
Andreas Kolbe, Herbert Hönigsberger, Sven Osterberg
Marktordnung für Lobbyisten
Wie Politik den Lobbyeinfluss regulieren kann

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitspapier 16

Politische Beteiligung: Lage und Trends

www.otto-brenner-stiftung.de